

Wortlautprotokoll des Grossen Rats des Kantons Graubünden

Montag, 18. Oktober 2021
Nachmittag

Vorsitz:	Standespräsidentin Aita Zanetti
Protokollführer:	Patrick Barandun
Präsenz:	anwesend 115 Mitglieder entschuldigt: Buchli (Tenna), Kohler
Sitzungsbeginn:	14.00 Uhr

Eröffnungsansprache der Standespräsidentin

Standespräsidentin Zanetti (Sent):

Il tschuncader:

*Las spias gelguas baingranadas
uondagian greiv, uondagian plan.*

I paran be sco surdoradas

Aint il sulai da la daman.

A l'ur dal chomp sta il tschuncader

Sco schi fiess hoz al es preschaint

Il di ch'el d'eira qua semnader:

Seis cour es plain ingrazchamaint.

Dies, geschätzte Grossrätinnen und Grossräte, ist ein Gedicht von Men Rauch. Gion Antoni Derungs hat es zusammen mit dem Gedicht Il Semnader vertont. Men Rauch war ein Unterengadiner Dichter und Schriftsteller, Liedermacher, Grossrat, Gemeindepräsident, Ingenieur. Herbstzeit ist Erntezeit. Vor dem Winterschlaf schenkt uns die Natur eine Explosion an Farben, Gerüchen, Früchten. Den glasklaren Himmel, die gepuderten Bergspitzen, die leuchtenden Lärchenwälder und tanzende Blätter an den Zweigen der Kastanien, ils nosels am Ahorn, nach Sommerwärme duftendes Emd, Weinberge voller Trauben, die mit jedem Tag praller und voller werden, grasende Tiere auf den Heimweiden, Hecken mit blauem Schlehdorn und roter Berberitze und goldgelbe Äcker mit grosskörnigen Ähren.

Im Gedicht von Men Rauch steht der Bauer als Tschuncader, also als derjenige, der das Korn schneidet, am Rande seines Ackers und erinnert sich angesichts der nun golden wogenden Ähren daran, dass er im Frühling auch dort stand, nämlich als Semnader, als Sähender. Und in diesem kurz geschilderten Moment ist Dankbarkeit zu spüren, reine Dankbarkeit für die Ernte, Demut im Wissen, dass das sorgfältige Sähen allein nicht für eine gute Ernte ausreicht. Im Angesicht der reichen Ernte gesellt sich Bescheidenheit dazu, denn der Bauer weiss, dass die Ernte mit den fleissigen Händen vieler, die zusammen helfen, sicherer und besser unter Dach gebracht wird. Dies führt mich zum Gedanken an die Gemeinschaft. Als Gemeinschaft feiern wir den Herbst mit

dem Alpbazug, mit dem Erntedankfest. «Il gran es fat aint». Ein Lied auf Vallader besingt dieses Gefühl des gemeinsamen Festes nach getaner Arbeit.

Durante tutta la vita Men Rauch si è preoccupato della sua valle, delle sue origini, della sua lingua. Tuttavia non si sarebbe probabilmente immaginato che un giorno in Gran Consiglio avremmo discusso del Green Deal e dei cambiamenti climatici. Lui, cacciatore e pescatore appassionato, ambientalista. Non intendo in alcun modo anticipare il dibattito, ma il termine clima mi ricorda l'attuale clima di discussione. È quasi impossibile affrontare in modo oggettivo i temi che riguardano il COVID-19, mentre la problematica legata al lupo nel nostro Cantone viene discussa in modo sempre meno aperto alle opinioni altrui. I fatti vengono travisati, messi in dubbio o semplicemente negati. In particolare i possibili approcci di soluzione non vengono nemmeno più inclusi nei colloqui, ma si consolidano le opinioni preconette.

Die lange Zeit, in der es unmöglich war, Freunde zu treffen, die Selbstisolation, das Alleinsein oder Sichalleine-Fühlen haben Spuren hinterlassen und vielleicht bestehende Unterschiede zum Vorschein gebracht. Die Diskussionen haben teilweise Formen angenommen, die mir Sorgen bereiten.

Die Saat, die wir heute sähen, werden wir irgendwann ernten. Begriffe, Redewendungen, Wörter, die wir heute gebrauchen, widerspiegeln unser Inneres, unser Sein. Vergleiche mit dem dunkelsten Kapitel europäischer Geschichte werden vor allem in den sozialen Medien immer häufiger herangezogen. Begriffe wie Diktatur, Unterdrückung, Verbrechen werden Teil des täglichen Wortschatzes. Auch Sprache kann sähen. Und während wir über gendergerechte Sprache debattieren, lassen wir zu, dass unsere Wörter, unsere Sprache und damit unser Miteinander immer roher werden.

Gerade wir gewählte Volksvertreterinnen und -vertreter stehen hier besonders in der Pflicht, genau hinzuhören, hinzusehen und eben auch hinzustehen. Wie wir es in diesem Rat auch tun. Il Tschuncader wird andernorts am Rande des Ackers stehen und sich an die Zeit des Säehens

zurückerrinnern. Und ich befürchte, dass sein Herz dann nicht voller Dankbarkeit sein dürfte.

La mera semina infatti non basta, dobbiamo prenderci cura del suolo, coltivare il campo, dobbiamo anche sarchiare, irrigare e, se necessario, dare tempo alle sementi. Non tutti i chicchi seminati daranno frutti, tuttavia a nessun contadino verrebbe in mente, per questo motivo, di non seminare affatto. Impariamo già una lezione importante dai campi: in ogni impresa ci sono fallimenti, semi che non germogliano. È l'intero campo che conta. Il raccolto non si misura quindi sulla base del singolo chicco, bensì dalla resa totale.

Erst wenn das Korn reif ist, kann es geerntet werden. Dann wird sich auch zeigen, wie gut gearbeitet wurde. Anzeichen, wie die Ernte ausfallen könnte, gibt es während der ganzen Vegetationszeit. Es gibt äussere Einflüsse, die nicht gesteuert werden können wie die Temperatur, die Sonnen- oder Regentage, den Frost. Es gibt aber auch Faktoren, die die Ernte direkt beeinflussen wie Qualität der Samen, die Sorgfalt bei der Pflege der Saat oder etwa die Lage des Ackers. Jedoch ernten wir nur, was wir sähen. Manchmal fällt die Ernte reich aus, manchmal mager. Aber wir ernten nur das, was wir sähen und wachsen lassen.

Intant cha l'utuon es il ciclus annual dal paur, il temp da la racolta vegnan tuttas per mans in oters lös il plü tard l'utuon las preparativas per la stagiun d'inviern. E quia nu manai eu in prüma lingia la lavur da far bels s-chändlers cun laina secha e sütta. Quai cha no fain o tralashain oz, ha consequenzas per l'inviern chi stà davant porta. Eu nu pens quia be a la stagiun d'inviern ch'id es talmaing impurtanta per il Grischun, ma eir al temp plü s-chür i'l vair sen dal pled. No vain la sfida da tuonar ad üna tscherta normalità ed i vala la paina da metter sülla ballantscha ils ristgs e las schanzas. Quanta protecziun es necessaria, quanta libertà indivuala es pussibla? Quai chi para güstifichà per la singula persuna, po esser ün grond ris-ch ed ina restricziun per ün'otra. La libertà persunala ha seis cunfins, nempè quels da la società e da la cumünanzà. E libertà nu stuess gnir sbarattada cun egoissem. No fain dimena bain da chattar da cumünanza ed i'l dialog vias, per cha no possian cultivar e chürar noss chomp da maniera cha l'inviern possa gnir. Saja quai in regard economic o social. Eu decler la sessiun d'october 2021 per drivida.

Totenehrung

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Wir kommen zur Totenehrung. Leo Koch wurde am 16. August 1936 geboren und ist am 7. September 2021 wenige Tage nach seinem 85. Geburtstag gestorben. Er kam in Davos zur Welt, wo er aufwuchs, die Schule besuchte und fast sein ganzes Leben verbrachte. Nach absolvierter Sekundarschule schloss er 1957 eine Lehre als Automechaniker ab. Nach seiner Weiterbildung zum Wagenführermechaniker war er ab 1961 bis zu seiner vorzeitigen Pensionierung Ende 1998 in Davos als Postautochauffeur und Garagenchef tätig. Sehr am Herzen lag ihm die Tätigkeit als Musikant in der Musikgesellschaft Davos. 2002

wurde er nach 50 Jahren Aktivmitgliedschaft vom Kantonalverband zum Ehrenveteran ernannt. Leo Koch hinterlässt einen Sohn, den 1966 geborenen Peter.

Die Bündner Politik war Leo Kochs zweite Heimat. Er war von 1980 bis 2008 Mitglied des Grossen Landrats von Davos. 1981 wählte ihn die Bevölkerung des Kreises Davos in den Grossen Rat, in welchem er bis 2010 Einsitz nahm. Drei Mal war dem Verstorbenen die Ehre zugefallen, als Alterspräsident die erste Session einer neuen Legislaturperiode zu eröffnen.

Als Politiker setzte sich Leo Koch mit Herzblut für das Wohl seiner Mitmenschen ein. Ein ganz besonderes Anliegen war ihm auch der Ausbau von Verkehrswegen. Sein Engagement für die ganzjährige Offenhaltung des Flüelapasses bescherte ihm den Übernamen Flüela-Papst. Leo Koch wurde allzeit als ein Mann des Volkes geachtet und hatte den Ruf eines feinfühligem, humorvollen und sozialen Menschen. Leo Kochs Einsatz für Kanton, Region und Gemeinde trug ihm viel Anerkennung und hohe Wertschätzung bei Volk, Regierung und Behörden ein. Für seinen jahrzehntelangen umsichtigen und uneigennützigem Einsatz im Dienste der Öffentlichkeit gebührt dem Verstorbenen an dieser Stelle der verdiente Dank. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren sowie die Zuschauer auf der Tribüne, sich zu Ehren des Verstorbenen von den Sitzen zu erheben. Sie dürfen sich setzen.

Vereidigung erstmals anwesender Stellvertreterinnen und Stellvertreter

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Wir kommen nun zur Vereidigung der erstmals anwesenden Grossratsstellvertreter. Darf ich Sie bitten, nach vorne zu kommen, sowie den Rat und die Zuschauer auf der Tribüne, sich zu erheben. Die Formel des Eides lautet wie folgt: Sie als gewählte Mitglieder des Grossen Rates schwören zu Gott, alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen. Die Formel des Gelübdes lautet wie folgt: Sie als gewählte Mitglieder des Grossen Rates geloben, alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen. Diejenigen, die den Eid leisten, bitte ich, die Schwurfinger zu erheben, um mir die Worte des Eides nachzusprechen. Die Worte des Eides lauten: Ich schwöre es. Diejenigen, die das Amtsgelübde ablegen, bitte ich, die Worte des Gelübdes nachzusprechen. Die Worte des Gelübdes lauten: Ich gelobe es. Darf ich Sie bitten, ich schwöre es oder ich gelobe es zu sagen.

Bonderer, Hunger und Nespolo: Ich schwöre es.

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Besten Dank. Ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen. Dann habe ich noch eine Mitteilung zum Ratsbetrieb. Die PK hat an ihrer heutigen Sitzung beschlossen, dass ab morgen früh eine Zertifikatspflicht light im Grossratsgebäude gilt. Das heisst, zertifizierte Personen dürfen sich ohne Maske im Gebäude aufhalten. Personen ohne Zertifikat müssen eine Maske tragen, wie es auch im Bundesparlament gehand-

habt wird. Also, ab morgen für alle Parlamentarier, Medienschaffende und Gäste gilt die Zertifikatspflicht light. Dann möchte ich Ihnen noch mitteilen, dass wir zwei Geburtstagskinder unter uns haben. Einmal granconsigliere Maurizio Michael e grond cusglier Kevin Brunold. A tuots duos mias cordialas gratulaziuns pel anniversari. *Applaus.*

Wir beginnen nun mit der Beratung zum Aktionsplan Green Deal für Graubünden, Zwischenbericht zur Massnahmenplanung mit Finanzierungskonzept und Verpflichtungskredit für die Etappe I. Die Kommission für Umwelt, Verkehr und Energie hat das Geschäft am 1. September und am 5. Oktober 2021 beraten. Zum Eintreten besteht ein Antrag der Kommissionsmehrheit. Eine Kommissionsminderheit stellt den Antrag auf Nichteintreten. Für die Beratung wollen Sie bitte das entsprechende Protokoll zur Hand nehmen. Die Botschaft hierzu finden Sie im Heft Nr. 4/2021-2022. Zur Eintrittsdebatte erteile ich zuerst dem Kommissionspräsidenten Grossrat Danuser das Wort, danach Grossrat Della Cà. Im Anschluss können sich die Mitglieder der Kommission äussern, bevor das Wort für das Plenum offen ist. Herr Kommissionspräsident.

Aktionsplan «Green Deal für Graubünden» - Zwischenbericht zur Massnahmenplanung mit Finanzierungskonzept und Verpflichtungskredit für die Etappe I (Botschaften Heft Nr. 4/2021-2022, S. 269)

Eintreten

a) *Antrag Kommissionsmehrheit* (9 Stimmen: Danuser [Kommissionspräsident], Berther, Felix [Kommissionsvizepräsident], Giacomelli, Jochum, Müller [Susch], Natter, Preisig, Sax; Sprecher: Danuser [Kommissionspräsident]) *und Regierung*
Eintreten

b) *Antrag Kommissionsminderheit* (1 Stimme: Della Cà)
Nichteintreten

Danuser; Kommissionspräsident: Wir haben hier die Möglichkeit, für unsere Kinder, für nächste Generationen ein Zeichen zu setzen. Wir haben die Botschaft der Regierung erhalten. Wir behandeln eine Etappe I, und wir dürfen für die Etappe II weitere Aufträge der Regierung weitergeben. Die Etappe II beinhaltet strategische Vorgaben auf sehr hoher Flughöhe. Hier haben wir die Möglichkeit, Leitlinien zu setzen. Nutzen wir diese. Ob wir die Mittel, die wir zur Verfügung stellen wollen, für den direkten Einsatz an Gebäuden, bei Verkehrswegen einsetzen wollen, oder ob wir sie für die Bildung oder für die Wissenschaft einsetzen wollen, das liegt an uns. Wir haben jetzt die Möglichkeit, wir haben in weiteren Etappenschritten die Möglichkeit, die Leitplanken zu setzen und den Mitteleinsatz dort zu forcieren, wo wir dannzumal oder jetzt gedenken, diesen einzusetzen. Jeder von euch hier drinnen und viele Menschen in Graubünden und in der Welt merken selber, dass sich

das Klima beziehungsweise das Wetter und seine Wetterphänomene ändern. Wir alle haben die Ereignisse in den Sommermonaten aus dem Mittelland und aus dem benachbarten Ausland vor den Augen, oder die Temperaturen von über 40°C in Kanada. Alles das ist auch in Graubünden möglich. Bei meiner Arbeit als Förster bemerke ich es in der Baumartenzusammensetzung. Wir stellen fest, dass Baumarten, welche bisher in Tallagen aufwachsen können, jetzt schon in Bergwäldern wachsen. Die Wissenschaft stellt fest und prognostiziert, dass Baumarten, welche im Moment bis auf 1000 Meter über Meer wachsen können, in 100 Jahren bis auf 1500 m vorkommen werden. Ist doch kein Problem. Doch, ist es, denn das bedeutet, dass einige Arten im Schutzwald nicht mehr wachsen können und somit den Schutzwald schwächen werden.

Noch etwas möchte ich im Voraus mitgeben. Wenn von einer globalen Erwärmung gesprochen wird, müssen wir in Graubünden immer mit etwa der doppelten Erwärmung rechnen. Also wenn weltweit mit 2°C gerechnet werden muss, ist der Kanton Graubünden, wie auch weitere Regionen mit Gebirge und Hochlagen, mit einer durchschnittlichen Erwärmung von 4°C betroffen. Somit sind Gletscher, Permafrost sehr gefährdet. Und in der Folge sind auch Verkehrsanlagen und Wohngebiete wie auch übrige Nutzungen des Kantonsgebiets stark betroffen. Die Kommission hat sich während eineinhalb Tagen dem Aktionsplan gewidmet, und wie Sie dem Protokoll entnehmen können, zu einem bürgerlichen Schluss gefunden. Ich bin für Eintreten.

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Besten Dank für Ihre Ausführungen. Granconsigliere Della Cà, ha facoltà di parlare.

Della Cà; Sprecher Kommissionsminderheit: Green Deal Graubünden: tradotto in italiano «i sorci verdi».

Mi rivolgo in modo particolare alle colleghe e ai colleghi provenienti dalle regioni di confine e periferiche del nostro Cantone. Proprio in questa parte di territorio definita sistemico-irrilevante, con l'introduzione del Green Deal vedremo appunto i sorci verdi.

Infatti non bisogna essere dei maghi per prevedere l'entità dei danni a livello sociale causati dall'implementazione dei progetti previsti da questa nuova dottrina. Né più né meno come successo finora con altri progetti che negli anni hanno causato il danno più grande che la nostra società possa subire, cioè quello di un inarrestabile spopolamento. A noi la pedanteria ideologica dell'oracolo Green Deal non interessa. I primi profittatori di questa insana politica saranno proprio gli abitanti governanti delle regioni e stati esteri vicini e lontani i quali del nostro Green Deal se ne fanno un baffo.

Ich wende mich besonders an meine Kolleginnen und Kollegen, die aus dem Grenz- und Randgebiet unseres Kantons kommen. Gerade in diesem Teil des Territoriums, der als systemirrelevant definiert wird, mit der Einführung des Green Deals wird die Bevölkerung grosse Schäden erleben. Man muss kein Hellseher sein, um das Ausmass der sozialen Probleme, die der Green Deal verursachen wird. In klaren Worten heisst es: Eine noch grössere und unaufhaltsame Entvölkerung, die ideologi-

sche Pedanterie des Green Deals führt eben zu diesem Desaster. Die ersten Profiteure dieser wahnsinnigen Politik werden die Bewohner und Herrscher der fremden Regionen und Staaten nah und fern von uns sein, denen unser Green Deal gleichgültig sein wird.

In den beiden Sitzungen vom 1. September und 5. Oktober 2021 haben die Mitglieder der KUVK-Kommission im Beisein der jeweiligen Regierungsmitglieder die Botschaft unter die Lupe genommen. Aus der Lektüre der Unterlagen geht hervor, wenn dies noch notwendig gewesen wäre, dass der Beschluss unserer Fraktion während der Pontresina-Session 2019 unverändert bleibt. Zusätzlich hat das Schweizer Stimmvolk im vergangenen Juni das CO₂-Gesetz abgelehnt.

Die SVP-Fraktion wird das von der Regierung vorgeschlagene Vorgehen zurückweisen, unter anderem weil a) die Finanzpolitik des Green Deals ist nicht zuverlässig und b) es leider mittlerweile gängige Praxis der Regierung ist, den als systemrelevant definierten Teil des Kantonsgebiets zu privilegieren und die Randgebiete massiv weiter zu benachteiligen. Die Folgen dieses Projekts werden katastrophal sein und die bereits besorgniserregende Entvölkerung weiter beschleunigen. c) Der Konflikt zwischen dem im Green Deal vorgeschlagenen Gesetz gegenüber bestehenden Verordnungen ist enorm. Dadurch wird eine überbordende Bürokratie entstehen, die als Suppe Minestrone des 21. Jahrhunderts in die Geschichte eingehen wird. d) Die wichtigste Substanz unseres Kantons sind die Strasseninfrastrukturen. Der Zweck der Initianten steht klar geschrieben: Genereller Ausbaustopp von Strasseninfrastrukturen. e) Am 15. Mai 2022 finden die nächsten Wahlen der Regierung und des Grossen Rates statt, eine wunderbare Gelegenheit, sich sichtbar und CO₂-geimpft zeigen zu lassen, nicht wahr? Aus diesen Gründen bin ich für Nichteintreten.

Müller (Susch): Ich möchte Sie auch noch kurz um Ihre Aufmerksamkeit bitten. Ich bitte Sie darum, diesen Bericht zum Green Deal aus der richtigen Flughöhe zu betrachten. Es geht hier um zwei Teile. Der ersten Etappe, deren unbedingt zugestimmt werden sollte. Für die geplanten Massnahmen in diesem Teil bestehen die gesetzlichen Grundlagen bereits. Es geht hier hauptsächlich darum, eine Aufstockung der bewährten Fördergelder zu machen. Diese zusätzlichen Gelder kommen praktisch eins zu eins der Wirtschaft zugute.

Es wurde vorher gesagt, dass man dem CO₂-Gesetz nicht zugestimmt hat. Wenn wir aber heute Mittag gehört haben, was die Hotellerie gemacht hat, wenn wir sehen, dass die Landwirtschaft zu einem Ressourceneffizienzprojekt aufgerufen hat und daran ist, es umzusetzen, dann bitte ich Sie darum, auch die Gelder zu sprechen, damit man weitermachen kann. Also ein grosser Teil der Leute ist bereit. Beim zweiten Teil und in den Grundsatfragen geht es darum, dass der Regierung die Leitplanken für die Erarbeitung eines Aktionsplans und einer entsprechenden Botschaft gegeben werden. Sie, meine Damen und Herren, werden dann über diese Botschaft befinden. Alles, was Sie dazumal nicht wollen, werden Sie streichen. Über die einzelnen Etappen und deren Finanzierung wird immer der Grosse Rat entscheiden, und das jedes Jahr wieder, mit dem Budget.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ablehnung des CO₂-Gesetzes gibt uns und vor allem unserer Wirtschaft die einmalige Gelegenheit, einen Vorsprung gegenüber den Mitbewerbern zu generieren. Diese Gelegenheit gibt uns der Green Deal. Wo Geld fliesst, wird geforscht. Wo geforscht wird, gibt es Innovation und Know-how. Dies ist eine einmalige Gelegenheit, dass wir uns diesen Vorteil zunutze machen.

Wir wissen alle, dass man bis zum Jahre 2025 mit einer Stromknappheit rechnet. Ja, man rechnet sogar mit Strom- oder längeren Stromausfällen. Kann sich das unsere Wirtschaft leisten? Wir sollten den Green Deal nicht zerzausen und uns nicht in Details verlieren. Wir müssen der Regierung den Weg zeigen und sie damit beauftragen, die Botschaft bereits in einem Jahr vorzulegen und nicht erst in zwei Jahren, denn bis die Massnahmen greifen, ist es schon lange 2025. Die vorbereitende Kommission hat diesen Bericht während einhalb Tagen beraten und zusammen mit Vertretern aller betroffenen Ämtern zusammen durchdiskutiert. Ich bitte Sie auch darum, im Nachgang zur Eintretensdebatte in der Detailberatung den Anträgen der Mehrheit der Kommission zu folgen. Werte Kolleginnen und Kollegen, ich bin selbstverständlich für Eintreten.

Berther: Nus havein oz il messadi pertuccont il Green Deal che la Regenza ha presentau. Il messadi ei tenor miu meini fetg buns. Nus vein tractau quel ella Cumissiun d'ambient, traffic ed energia en in di e miez ed havein fatg nossas ponderaziuns ed era propostas per mauns dil Cussegl grond. Green Deal ei il mument dad ussa nossa schanza. Nus stuein mirar da metter en moviment quella locomotiva. Per che quella locomotiva vegni en moviment, drovi naturalmein energia, energia en fuorma da daners. Nus havein oz tier nus el Grischun sco en nossa tiara il sulegl, il vent e l'aua, nus vein la tiara, nua che nus savein ir per l'energia. Da l'autra vart vein nus nossas fatschentas cun la savida da metter entuorn tut quei. Tut quels daners che vegnan investai, quels van buc x enzanua, quels daners van per promover quella impurtonta fasa. Nus vein el temps dad oz buca letgas, sche nus lein ch'ei semidi enzatgei enzacu el futur. Enzacu stuein nus metter en moviment, per che nus vegnien enzacu er da prender e realisar. En quei senn sustegnel jeu quei messadi e supplischeschel naturalmein deputadas e deputai da sustener la proposta dalla cumissiun che nus vegnian en futur da realisar in grond project cun nossas ressursas, cun nossa glied e la savida che nossa glied ha.

Jochum: Prima di entrare nella tematica vera e propria mi permetto di segnalare che le nostre lingue ufficiali cantonali hanno un vocabolario sufficientemente ricco per trovare delle formulazioni adeguate al posto di usare anglicismi. In italiano, per esempio, perché non definirlo un «patto per l'ambiente»?

Gemäss Botschaft behandeln wir heute zwei Etappen. Die erste Etappe, nennen wir sie kurz- bis mittelfristige Umsetzung. Diese basiert auf dem Regierungsprogramm 2021 bis 2024, welches sonderfinanzierte Ausgaben von 31,65 Millionen Franken vorsieht und zusätzliche finanzielle Mittel von 36 Millionen Franken benötigt für eine

verstärkte Förderung, für den Ausbau der erneuerbaren Energien, die Effizienzsteigerung und Substitution im Gebäudepark sowie Investitionen für den öffentlichen Verkehr und Güterverkehr. Dabei handelt es sich um bestehende Massnahmen, die durch Erhöhung der Beitragssätze die Umsetzung von CO₂-sparenden Massnahmen verstärken. Insgesamt reden wir also von 67,65 Millionen Franken, die bis ins Jahr 2024, und von bekannten Massnahmen. Die Etappe II, die Definition des Aktionsplans für die langfristige Umsetzung bis ins Jahr 2050.

Heute haben wir Anzeichen dafür, welche Massnahmen eingeführt werden können. In der Botschaft Kapitel 4 ist nachzulesen, welche Massnahmen welche Wirkung und Kosten haben. Wir kennen die Problematik im Gebäudesektor, beim Verkehr, der Industrie, der Landwirtschaft, der Energieproduktion, usw. Um zusätzliche Massnahmen und um Richtung Dekarbonisierung zu gehen, brauchen wir bis 2050 viel Geld, sehr viel Geld. Es handelt sich um Schätzungen. Diese sind nach bestem Wissen und Gewissen untermauert. Während den nächsten 29 Jahren kann aber viel passieren. Es können technologische Innovationen stattfinden, die einen viel grösseren Beitrag an die Zielerreichung leisten, als heute angenommen wird. Deshalb ist es sehr wichtig, sich nicht an eine bestimmte Technologie festzuklammern, sondern genügend Freiraum zu schaffen, sodass neue Technologien eingesetzt werden können. Es soll der Grundsatz gelten: Der Franken wird dort eingesetzt, wo er am meisten Wirkung erzielen kann.

Viele Gesetze und Verordnungen müssen angepasst werden. Auf Seite 323 der Botschaft sind elf Massnahmen aufgeführt, für deren Umsetzung die gesetzliche Grundlage bereits gegeben ist. Aber auf Seite 324 sind 16 Massnahmen aufgeführt, für deren Umsetzung die gesetzliche Grundlage fehlt oder angepasst werden muss. Das lässt mich aufhorchen. Jedes neue Gesetz heisst irgendwo auch mehr Bürokratie und Beeinflussung der Freiheit des Einzelnen. Auch hier soll der Grundsatz gelten: So wenig Bürokratie wie möglich. Jeder Franken, der in der Bürokratie landet, ist ein Franken weniger für die Umwelt. Das Ganze soll auf ein absolut notwendiges Minimum beschränkt werden.

In der Botschaft werden Investitionssektoren genannt. Es besteht die Gefahr, dass pro Sektor Ziele festgelegt werden. Angesichts der 29 Jahre, die wir im Visier haben, wäre es fehl am Platz, fixe Sektorziele festlegen zu wollen. Das Gesamtziel muss im Auge behalten werden. Die Technologie wird eine sehr wichtige Rolle bei der Zielerreichung spielen. Ziele können in gewissen Sektoren schneller und kostengünstiger erreicht oder sogar überschritten werden, während es in anderen Sektoren kaum möglich sein wird, die Ziele zu erreichen oder nur unter Einsatz unnötig vieler Ressourcen. Der Grundsatz soll heissen: Das Gesamtziel möglichst effizient unter Einsatz der besten und günstigsten Technologien zu erreichen.

Zur Finanzierung: Mit dem Aktionsplan soll dem Grossen Rat aufgezeigt werden, wie der geschätzte Mittelbedarf von 1761 Millionen Franken beschafft werden kann. Dabei müssen Lösungen aufgezeigt werden, die zu keiner Steuererhöhung führen und die so wenig wie mög-

lich die Einführung neuer Gebühren und Abgaben verlangen. Deal heisst auf Deutsch auch Geschäft, und wir reden hier von einem enormen, einem riesigen Geschäft. Das Ziel ist die Umwelt. Das Geschäft an und für sich betrifft direkt auch unsere Industrie, unser Gewerbe, unsere Betriebe und den Kanton Graubünden als Arbeitsstandort. Das Potenzial ist sehr gross. Energetisch gesprochen können wir Importe von fossilen Brennstoffen im Wert von rund 400 Millionen Franken jährlich auf ein Minimum reduzieren und durch einheimische Energiequellen ersetzen. Dabei gilt es, im Rahmen der Erneuerung bestehender Produktionsanlagen oder Investitionen in neuen Lagen die fundamentalistischen Positionen zu verlassen und vernünftige Kompromisse zuzulassen. Projekte sollen nicht jahrelange Verfahren durchlaufen müssen. Auch hier gilt, das Geld effizient einzusetzen. Die Bruttowertschöpfung wird in der Botschaft auf Seite 320 mit 1100 Millionen Franken bemessen. Diese soll 13 000 Vollzeitstellen gleichkommen. Hierzu sind im Aktionsplan, welcher dem Grossen Rat präsentiert werden wird, sicher noch einige Ausführungen zu machen. Der Grundsatz hierzu soll heissen: So wenig wie möglich neue Stellen in der Kantonsverwaltung schaffen. Ein weiterer sehr wichtiger Punkt: Es soll besondere Aufmerksamkeit darauf gerichtet werden, dass die Massnahmen und damit das Geschäft auch eine Chance für die Talschaften werden. Die Wirkung auf unsere Talschaften soll aufgezeigt werden.

Un patto d'importanza mai vista prima nel nostro Cantone. Un patto che se imposto in maniera accurata può avere un impatto positivo e importante anche per lo sviluppo economico delle nostre vallate. È essenziale che non venga creato un mostro burocratico e che i soldi vengano investiti in modo efficiente e con la massima efficacia possibile tenendo conto delle particolari necessità delle nostre regioni. Sono per l'entrata in materia.

Sax: Der Zwischenbericht des Aktionsplans Green Deal für Graubünden, datiert vom 14. Juni 2021, also einen Tag nach der Ablehnung der Revision des CO₂-Gesetzes durch das Schweizer Volk. In zeitlicher Hinsicht und auch, weil im Bericht an verschiedenen Stellen auf die Revision des CO₂-Gesetzes Bezug genommen wird, mithin also der thematische Zusammenhang klar gegeben ist, stellt sich natürlich automatisch die Frage, welche inhaltlichen Auswirkungen die Ablehnung auf den vorliegenden Zwischenbericht hat. Man könnte sich die Frage stellen: Ist der Bericht damit allenfalls hinfällig geworden? Ist der Bericht allenfalls anzupassen, oder sind weitere Massnahmen nötig? Und wir haben über diesen Punkt auch in der Kommission umfassend diskutiert. Wir sind dabei klar zum Schluss gekommen, dass der Bericht alles andere als hinfällig ist. Das Thema ist und bleibt aktuell bei uns im Grossen Rat, insbesondere auch vor dem Hintergrund des klaren Auftrags, den wir der Regierung übergeben haben.

Wir haben den Auslöser der Thematik, den Auftrag Wilhelm, im Februar 2019 mit 81 Mitunterzeichnenden eingereicht und im Juni 2019 mit 103 Ja-Stimmen klar überwiesen. Der Auftrag und das Thema sind damit klar überwiesen und aktuell. Und in Bezug auf die abgelehnte Revision des CO₂-Gesetzes ist es so, dass damit insbe-

sondere die vorgesehene zusätzliche Finanzierung mit dem nationalen Klimafonds weggefallen ist beziehungsweise nicht vorhanden ist. Wie viel beziehungsweise überhaupt etwas an Mitteln aus diesem nationalen Klimafonds nach Graubünden geflossen wäre, kann nachträglich sicher als fraglich beurteilt werden, ist jetzt aber auch nicht mehr die Frage. Vielmehr ist klar, dass das CO₂-Gesetz an sich besteht, bisher und weiterhin, und damit auch die nationalen Bestrebungen gegeben sind. Der Bericht ist damit aus dieser Optik auch nicht grundlegend anzupassen. Deshalb schlägt Ihnen die Kommission in diese Richtung auch nichts vor.

Vielmehr sehen wir es so, dass wir nun im Kanton mit dem Aktionsplan Green Deal die ergänzenden, unsere weiteren Grundlagen schaffen, nach unseren Vorstellungen und auf unsere Bedürfnisse angepasst, auch mit den entsprechenden Finanzierung, die wir für unseren Kanton bereitstellen wollen. Das ist nicht nur ein Vorteil, wie es Kollege Müller bereits erwähnt hat, sondern auch ein klarer Unterschied gegenüber der nationalen Diskussion. Wir wollen eine fokussierte Thematik und Vorgehensweise angehen, und diesen Unterschied, und auch den Vorteil gegenüber der nationalen abgelehnten Revision gilt es zu nutzen und unseren eingeschlagenen Weg weiter zu gehen.

Als Vorteil und als Chance ist im Aktionsplan auch klar zu sehen, dass damit im ganzen Kanton, auch in den Regionen und insbesondere in den Regionen Aktivitäten ausgelöst werden können, die wirtschaftlich wirken. Ich bin da ganz klar anderer Meinung als Kollege Della Cà. Ich denke dabei an das erweiterte Gebäudeprogramm, die Massnahmen im öffentlichen Verkehr oder auch das Thema der Winterstromproduktion, das zusätzlich unterstützt werden soll. Wir werden diese Themen alle in der Detailberatung noch genauer anschauen. Doch bereits an dieser Stelle kommt damit klar zum Ausdruck oder soll zum Ausdruck kommen, dass diese drei Themen, diese drei Beispiele auch in unseren Regionen im Kanton wirken werden, mit den vorgesehenen Anreizen ein Umsteigen auslösen werden.

Und damit bin ich wieder bei der Thematik, beim Schlagwort, dass wir diese Chance nutzen sollen. Nutzen wir diese, treten wir ein auf den Zwischenbericht und geben wir den Weg frei für die weitere Bearbeitung der Etappe II dann. Ich bin für Eintreten.

Preisig: Wie es mein Vorredner bereits gesagt hat, haben wir Grossrätinnen und Grossräte am 13. Juni 2019 der Regierung den Auftrag erteilt, einen umfassenden Aktionsplan Green Deal für Graubünden, zu erarbeiten, mit a) konkreten und wirksamen Massnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung, b) einem Finanzierungsplan und c) notwendigen Anpassungen von gesetzlichen Grundlagen. Wir haben diesem Antrag mit 103 Ja-Stimmen zugestimmt, und wir können und müssen der Umsetzung dieses Auftrags heute wieder mit mindestens so viel Stimmen überzeugt und enthusiastisch zustimmen, denn diese Botschaft, die wir hier in den Händen haben, ist gelungen. Ich bin begeistert und danke der Regierung und den Mitarbeitenden für diese Botschaft. Es ist der Ton, der mich begeistert. Kein Zaudern, sondern ein Agieren, nicht wir müssen, sondern wir wollen.

Daraus ist ein departementsübergreifendes Dossier, eben ein Aktionsplan über alle Departemente, entstanden. Es wurden vier Sektoren, Gebäude, Verkehr, Industrie und Landwirtschaft ausgeschieden und für jeden dieser Sektoren verschiedene Massnahmenpakete, insgesamt 23 Klimaschutzmassnahmen und vier Klimaanpassungen ausgearbeitet, welche alle mit einem Preisschild versehen wurden, um das Ziel Netto-Null CO₂-Emissionen bis 2050 zu erreichen. Mit diesem konkreten Plan inklusive Finanzierung sind wir den meisten Kantonen weit voraus.

Darin liegt denn auch die Chance. Je schneller und pionierhafter der Kanton Graubünden unterwegs ist, umso mehr können wir Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte im ganzen Kanton generieren. Der AGD schafft Arbeitsplätze. Die übergeordneten Ziele, nämlich die globale Erwärmung deutlich unter 2°C zu stabilisieren und die Netto-Null CO₂-Emission ab 2050 sind vorgegeben durch das Klimaübereinkommen von Paris sowie durch die Energie- und die langfristige Klimastrategie des Bundes und müssen nicht diskutiert werden, sondern erreicht werden.

Es geht folglich nicht um das Was, sondern einzig um das Wie. Die Aufgabe, dieses Wie zu bestimmen, obliegt auch dem Kanton Graubünden. Es ist eine Generationenaufgabe, und mit der vorliegenden Botschaft skizziert die Regierung praktisch ihr eigenes Regierungsprogramm bis 2050.

Der vorliegende AGD überzeugt, weil er ein volkswirtschaftlicher Motor ist, den wir uns nicht nur leisten können, sondern von dem wir alle profitieren. Haben wir den Mut und die Ambition, diese gemeinsame Vision zusammen zu erreichen und treten auf diese Botschaft ein.

Rettich: Ich freue mich, wieder hier sein zu dürfen, und ich freue mich auch sehr, etwas zum Green Deal sagen zu dürfen. Aktuell behandle ich mit meiner Schulklasse an der Berufsschule das Thema Klima und Umwelt. Meine Klasse fragte mich vor einer Woche, wenn wir über das Klimaabkommen von Paris gesprochen haben, warum denn nicht schon lange etwas getan wurde, um der Klimakrise entgegenzuwirken. Ich war auch ein wenig stutzig und meinte dann, dass das Problem wohl dasselbe wie bei der Zivilcourage ist, denn das Problem kennt nicht nur einen Schuldigen. Nicht jemand Bestimmtes trägt allein die Verantwortung. Nicht jemand Bestimmtes trägt allein die Schuld an der Klimakrise. Und so besteht die Gefahr, sich in einer Masse zu verstecken und mit Massnahmen länger und länger zuzuwarten.

Doch wir alle tragen zur Klimakrise bei, und deshalb ist es nur folgerichtig, dass auch wir alle etwas dagegen tun. Das Argument, dass andere zuerst handeln müssen, hält schlicht nicht mehr stand. Wir alle müssen jetzt an einem Strang ziehen, und das Pariser Klimaabkommen verpflichtet uns dazu.

Diesen Vorstoss haben 81 Grossrätinnen und Grossräte unterzeichnet und über 100 Ratsmitglieder überwiesen. Das zeigt, dass Klimaschutz kein allein linkes und grünes Thema ist, sondern uns alle etwas angeht. Wir haben hier von der Regierung eine für Graubünden fortschrittliche Botschaft erhalten. Wir wollen ein Klima vorschaf-

fen und wenn irgendwie möglich darauf verzichten, die Bündner Bürgerinnen und Bürger steuerlich zu belasten. Auf Seite 316 der Botschaft sehen Sie zudem, dass das finanzielle Risiko durch den AGD als sehr gering eingestuft wird. Zudem wollen wir durch das THG-Budget einen Richtwert schaffen, mittels dem wir stets überprüfen können, ob wir in Sachen Klimaschutz auf Kurs sind. Und wir müssen uns bewusst sein, wir haben hier einen Deal. Wir haben keine rein grüne Vorlage, wir haben einen Deal. Wir schaffen Klimaschutz, und wir schaffen Arbeitsplätze.

Gerade in den Randregionen, Kollege Della Cà, schaffen wir eine enorme Wertschöpfung. Allein durch die Produktion von Erdöl-Brennstoffen, Treibstoffen, Gasen und Kohle fließen aktuell jährlich 400 Millionen Franken in andere Kantone ab. Diese 400 Millionen Franken bleiben durch den Green Deal jährlich im Kanton Graubünden. Wir investieren hier also in unsere Umwelt und zeitgleich in eine enorme Wertschöpfung. Klimaschutz schliesst Wirtschaftsförderung nicht aus, im Gegenteil. Wir haben hier eine Win-win-Situation, ich bitte Sie deshalb, der Kommissionsmehrheit zu folgen und auf die Vorlage einzutreten.

Felix: Der Green Deal soll ein Deal für Umwelt und Wirtschaft werden. So wie der Deal der Umwelt zugutekommen soll, soll der Deal auch der Wirtschaft zugutekommen, jeweils zwar immer, ohne den anderen zu den eigenen Gunsten auszuspielen. Heute besprechen wir nur den ersten Teil betreffend die Massnahmen, welche ohne gesetzliche Anpassungen umsetzbar sind, und geben der Regierung die Leitplanken für die Ausarbeitung der Vorlage für die zweite Etappe, welche in circa zwei Jahren dem Grossen Rat vorgelegt werden soll.

Der Zwischenbericht zum Green Deal für Graubünden, so wie ihn die Regierung in diesem Büchlein in Kurzform umschrieben hat und ausführlicher im Bericht nachzulesen ist, ist meiner Ansicht nach ein gangbarer Weg, um unseren Beitrag betreffend den Klimawandel anzugehen. Dass unsere Anstrengungen allein nicht ausreichen werden, um das Klima zu retten, das ist uns wohl allen klar. Vielmehr geht es darum, heute einen neuen Weg einzuschlagen, unsere Tätigkeiten für die nächsten 30 Jahre zu definieren, damit die Umwelt beziehungsweise das Klima nicht zusätzlich Schaden nimmt und entsprechend uns in nicht lösbare Probleme führt.

Dieser Weg kostet bis im Jahr 2050 sehr viel, wobei nicht zu vergessen ist, dass dieser Weg auch sehr viel an Wertschöpfung und neuen Arbeitsplätzen bringen wird. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, erschrecken Sie sich nicht vor der hohen Summe, die für die zweite Etappe der Umsetzung des Green Deals ausgewiesen wird. Ausgerechnet auf die knapp 30 Jahre, welche uns bis zum 2050 noch verbleiben, sind das umgerechnet jährlich nur knapp 36 Millionen Franken, welche für die Umsetzung der entsprechenden Massnahmen einzurechnen sind. Über die Finanzierung werden wir dann in der Detaildebatte sprechen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen heute an einer Wegkreuzung. Nehmen wir heute den richtigen Weg für die Fortsetzung unserer Reise, verweilen wir

nicht an dieser Wegkreuzung, bis uns das Klima um die Ohren schlägt. Setzen wir heute die Weichen in die richtige Richtung. Die nachkommende Generation wird uns danken dafür. Bitte treten Sie auf die Vorlage ein und stimmen Sie in der Detaildebatte gemäss den Anträgen der Kommissionsmehrheit, um wie Grossrat Müller schon bereits gesagt hat, nicht noch mehr wertvolle Zeit verlieren zu müssen. Der Klimawandel findet heute bereits statt und nicht erst morgen.

Giacomelli: Der Aktionsplan wurde von der Ratslinken angestossen. Sorgen Sie dafür, dass die Ihnen nachstehenden Verbände aufhören, jedes Projekt zu bekämpfen. Das unsägliche Verbandsbeschwerderecht lässt grüssen. Beispiel Berninapass Repower, ein pfannenfertiges Projekt, wird seit Jahren lahmgelegt. Man kann nicht für Entwicklung sein und alles, was die Wirtschaft anstösst und bestimmt, bekämpfen. Das wäre ein Deal.

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Gibt es noch weitere Wortmeldungen seitens der Kommission? Gran consigliere Della Cà desidera la parola.

Della Cà; Sprecher Kommissionsminderheit: Vorrei solo rispondere al collega Rettich, se mi ascolta. Kommen Sie einmal zu uns und gehen Sie einmal durch die Viano Strasse. Seit 28. Februar 1879 kämpft man dort für eine Strasse. Und seit 1950 ist die Strasse in den Händen des Kantons und ist 4,7 Mal gefährlicher als der Bund vorschreibt. Und jeden Morgen, wenn die Kinder zur Schule gehen, machen ihre Mütter einfach ein Kreuz auf die Stirn. Es ist ein Skandal. Man führt uns an der Nase herum. Kommen Sie einmal, und dann werden Sie realisieren, wieso ich gegen diesen Green Deal bin. Das war nur ein Beispiel.

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Gran consigliere Papa, ha facoltà di parlare.

Papa: Ringrazio il lodevole Governo e l'Amministrazione cantonale per l'esautivo e dettagliato messaggio sul piano d'azione Green Deal. Nel messaggio si tiene conto dei vari interventi possibili per contrastare l'ormai crescita del riscaldamento globale con tutte le sue conseguenze. Siamo tutti d'accordo che bisogna intervenire al più presto e impegnarci per lasciare un modo vivibile alle prossime generazioni. Trovare delle soluzioni mirate e ponderate nel tempo senza però stravolgere la nostra vita è una parte di ciò che si è costruito negli anni. Approvo una buona parte delle azioni che indica nel messaggio il Governo però non deve trattarsi di un esercizio di autolesionismo. È giusto intervenire ma dapprima è di capitale importanza anche coordinare gli interventi, per esempio con gli altri Cantoni e sicuramente ancora di più con le nazioni limitrofe. E qui nel messaggio del Governo non si dice nulla. Vi faccio un semplice esempio: in Mesolcina durante l'inverno la soglia massima di ozono prescritta dalla Confederazione supera di ben due volte i parametri ammessi, anche se noi montassimo tutti i filtri possibili sui nostri camini non miglioriamo di molto il risultato perché quasi tutto l'inquinamento ci

arriva dalla Lombardia e per il momento lì non viene fatto nulla per il clima.

Was die geplanten Indikatoren betreffend Investitionen in der Höhe von 1671 Millionen Franken bis zum Jahr 2050 betrifft, so sehe ich mich nicht in der Lage, diese Investitionen so leicht zu unterstützen, die die künftigen Generationen ernsthaft benachteiligen könnten, denn wir wissen sehr gut, wie sich die wirtschaftliche Lage sowohl für die Privatpersonen und auch für die öffentlichen Ausgaben plötzlich ändern kann. Machen wir gezielte Investitionen, Föderationen, Plan Green Deal, aber nur auf der Grundlage der kurz- bis mittelfristigen Wirtschaftsleistungen des Kantons und der Gemeinden und vor allem ohne Steuererhöhungen.

Darüber hinaus erscheint es mir logischer und einschneidender, Investitionen in die Massnahmen zu forcieren, die den grössten Einfluss auf die Verbesserung des Klimas und damit auf die Energieeinsparung haben, so wie die Renovierungen von Gebäuden, die Energieerzeugung, besonders im Winter, sowie im Verkehrssektor. Im Verkehrssektor müssen wir besonders darauf achten, dass die Randregionen nicht benachteiligt werden, da es der öffentlichen Hand finanziell niemals möglich sein wird, diesen Sektor in den Regionen rentabel zu entwickeln. Die Bewohner der Randregionen werden für ihre Arbeit und für private Fahrten mehr Privatautos benötigen als ihre Mitbewohner in den Städten. Sie müssen besonders berücksichtigt werden.

Die Regierung muss auch darauf achten, dass dieses Projekt bis in die nächsten Jahre zweifellos das bedeutendste sein wird, nicht zu einem unverhältnismässigen Stellennachwuchs in der kantonalen Verwaltung führt und dass bei den daraus resultierenden Projekten vor allem die Privatwirtschaft beigezogen wird und auch die meisten Aufsichtsorgane an die Privatwirtschaft delegiert werden.

Abschliessend möchte ich sagen, dass wir uns alle aber im Klaren sein müssen, dass wir diesen immer stärker werdenden Negativtrend für das Klima, für die Natur und auch für die Verschwendung von Rohstoffen und Energiepotenzialen nicht länger aushalten können. Wir müssen uns selbst beschränken, vorneweg Beschränkungen vornehmen, aber diese müssen für alle akzeptabel und tragbar und annehmbar sein. Und eben: Die Finanzierung muss im Bereich der politischen Richtwerte und des jährlich laufenden Budgets erfolgen. Ich bin für Eintreten und freue mich auf die Diskussionen, die in der Debatte stattfinden werden.

Niggli (Samedan): Es wurde schon mehrmals betont, Klimaschutzinstrumente müssen dauerhaft und berechenbar sein. Klimaschutz ist unabhängig von der aktuellen wirtschaftlichen Lage ein wichtiger Teil der politischen Aufgaben. Er muss im Gesamtzusammenhang aller politischen Ziele des Kantons Graubünden gesehen werden. Die Mittel für den Klimaschutz dürfen nicht über eine erhöhte Staatsverschuldung bereitgestellt, sondern konkurrieren im Haushalt mit anderen Politikbereichen. Mit den gegebenen Möglichkeiten muss daher der grösstmögliche Erfolg erzielt werden.

Investitionen in klimaschonende, aber teure Technologien machen sich oft erst nach vielen Jahren bezahlt.

Haushalte und Unternehmen müssen in diesem Fall ihr Verhalten langfristig für die Zukunft festlegen. Häufig sind einmal getätigte Auszahlungen dabei weitgehend irreversibel. Die kurzfristige Anpassung an geänderte Rahmenbedingungen im Bereich des Klimaschutzes kann daher zu unnötigen Belastungen für die Betroffenen führen. Damit meine ich, jede, aber wirklich jede Massnahme im Aktionsplan Green Deal Graubünden muss mit einem Preisschild versehen werden. Der effiziente Einsatz der verfügbaren Mittel erfordert es, unnötige Belastungen dieser Art zu vermeiden. Daher werden die Klimaschutzinstrumente, die Anforderungen formuliert, dass sie dauerhaft und berechenbar sein müssen. Um eine möglichst grosse Wirkung zu entfalten, müssen sie darüber hinaus umfangreich anwendbar sein, also von möglichst vielen Unternehmen oder Haushalten wahrgenommen werden können. Ein gutes Beispiel hierzu ist das Projekt «klimaneutrale Landwirtschaft Graubünden», das weit über die eigene Branche hinaus ihre Wirkung erzielt.

Ausserdem muss ein Klimaschutzinstrument in einer sozialen Marktwirtschaft die Leistungsfähigkeit einzelner Betroffener angemessen berücksichtigen. Die Frage, wie die Leistungsfähigkeit zuverlässig gemessen werden kann, ist nicht leicht zu beantworten. Allgemein kann jedoch festgehalten werden, dass der Klimaschutz einzelne Wirtschaftsbereiche nicht übermässig stark belasten darf. Wettbewerbsverzerrungen können einseitige Belastungen einzelner Branchen und Regionen verursachen und müssen deshalb auch vermieden werden.

Der Klimawandel, das wurde schon mehrmals gesagt, ist ein globales Problem. Alle Länder profitieren gleichermaßen von den Klimaschutzanstrengungen eines einzelnen Landes. Wenn wir bezogen auf die vorliegende blaue Botschaft nun viel Geld investieren, nur damit etwas gemacht ist, oder andersrum gesagt, damit eine weisse Weste gekauft, so ist es umsonst investiertes Geld. Klima-Kommunismus darf hier keinen Platz haben. In dieser Situation dürfen nicht alle Budgetstrategien über Bord geworfen werden, weder zur Bekämpfung der Corona-Pandemie noch für den Green Deal Graubünden. Letztlich müssen die nachfolgenden Generationen alle Schulden tragen, unabhängig davon für welchen Zweck sie aufgenommen wurden. Klimaschutz und solide Finanzen gehören eben deswegen zusammen. Sie sind beide elementar für nachhaltiges Handeln zugunsten der nachfolgenden Generationen. In diesem Sinne bitte ich Sie, auf die Vorlage einzutreten.

Wilhelm: Mit über 100 Stimmen haben wir in Pontresina den Auftrag Green Deal für Graubünden gemeinsam auf den Weg gebracht. Klar haben wir damals viel über wie genau sehen wir dann noch und nicht zu viel von dem und lieber etwas mehr von jenem gesprochen. Das Ziel damals war uns aber klar. Wir wollten einen umfassenden Aktionsplan mit konkreten und wirksamen Massnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung. Und unsere Prämisse war ebenfalls klar. Klimaschutz und Klimaanpassung sind einerseits global, aber eben gerade auch für das Berggebiet wichtig, der Kommissionspräsident hat eindrücklich darauf hingewiesen.

Aber er ist eben nicht nur wichtig, sondern er birgt auch Chancen, er birgt auch Perspektiven, weil wir das Heft im Energiebereich selber in die Hand nehmen und Wertschöpfung bei uns behalten. Als Urheber des Auftrags bin ich deshalb von der Stossrichtung der Botschaft, respektive vom Aktionsplan Green Deal für Graubünden, doch beeindruckt. Es wurde kein Luftschloss gebaut, oder eine Utopie skizziert. Es wurde in umfangreicher Arbeit aufgezeigt, dass wir in Graubünden gemeinsam das Ziel Netto-Null Emissionen erreichen können. Mit 27 konkreten Massnahmen in unterschiedlichen Sektoren, zum Schutz, zur Anpassung, zur Reduktion von CO₂-Ausstoss oder auch zur Bindung von CO₂. Zum ersten Mal sehen wir das konkrete Ausmass von dem, was wir tun müssen, vor unseren Augen und sehen, dass und wie das machbar ist. Wir sehen, dass es einen Weg oder eben einen Pfad gibt, nämlich den Absenkungspfad Richtung Netto-Null-Emissionen. Und wir sehen nicht nur, dass wir damit unseren Bündner Beitrag zum Netto-Null-Ziel der Schweiz und zum Klimaübereinkommen von Paris leisten können, sondern wir sehen auch, dass wir uns diesen Beitrag tatsächlich leisten können, dass er finanzierbar ist. Auch Kommissionsmitglied Felix hat darauf hingewiesen.

Und wir sehen, und auch da haben viele darauf hingewiesen, dass er noch dazu die in der jetzigen Lage willkommene Wirkung eines langfristigen Impulsprogramms für die Bündner Wirtschaft hat. Wir reden von hohen geschätzten Wertschöpfungseffekten innerhalb des Kantons. Wir reden von einem hohen kumulierten Beschäftigungseffekt und von einem möglichen Innovationsschub an unserem Wirtschaftsstandort. Und wir reden nicht zuletzt davon, dass wir heute jährlich, und das ist zu betonen, jedes Jahr 400 Millionen Franken für Öl, Treibstoffe, Gas und Kohle aus unserem Kanton verfrachten. 400 Millionen Franken pro Jahr, die hierbleiben können, wenn wir es schaffen, gemeinsam von fossiler Energie abzukommen.

Der Green Deal für Graubünden ist daher in mehrfacher Hinsicht ein Zukunftsmodell, das wir als Investition in die heutige und vor allem auch in die zukünftige Generation sehen müssen. Er schafft erstens nach der Pandemie Investitionsanreize, zweitens schafft er mittel- und langfristig neue Job- und Geschäftsmöglichkeiten und zwar auch in den Regionen, und er leistet unseren Beitrag zur Beibehaltung unserer Lebensperspektiven hier im Berggebiet aber auch weltweit. Und selbstverständlich sind da dann auch andere gefordert nicht nur wir in Graubünden.

Der vorliegende Aktionsplan zeigt den Pfad, mit dem wir zum Ziel kommen können. Und wenn ich mir die jetzige Diskussion und auch das Protokoll der Kommission anhöre, dann stelle ich auch erfreut fest, dieser Pfad scheint bis auf eine Ausnahme grundsätzlich unbestritten. Wir werden wohl einerseits heute über die Frage diskutieren, wo genau wir das wichtige Treibhausgasbudget verankern wollen, woher die Mittel stammen sollen und wie schnell wir auf dem vorgegebenen Pfad voranschreiten wollen. Wer nicht bei der Frage der Verankerung des Treibhausgasbudgets in der Verordnung, so wie es die Kommission vorschreibt, leben kann, sowie bei der Frage der Finanzierung die Kommission eben-

falls unterstütze, dann wäre es doch punkto Frage des Tempos angesichts des neusten Berichts des Weltklimarates sehr zentral, dass wir von der Regierung für die Beratung der Etappe II uns doch auch mindestens ein Szenario vorlegen lassen, mit dem wir Netto-Null bereits bis 2040 erreichen können. Ich glaube, da sollten wir der Regierung heute den Auftrag erteilen, uns weitergehende Entscheidungsmöglichkeiten vorzulegen, denn es ist zentral, rechtzeitig vorzusorgen.

Die Corona-Krise, die hat uns auf dem falschen Fuss erwischt. Wir waren zumindest in Teilen zu wenig vorbereitet. Zum Glück geht eine Pandemie irgendwann vorbei. Bei der Klimakrise wird das anders, wenn Kippeffekte eintreten, verändern sie unsere Grundlagen für immer. Was aber eben auch anders ist bei der Klimakrise, wir haben hier noch etwas Zeit, aber eben nicht mehr viel, es wurde gesagt, nutzen wir sie doch und bereiten uns bestmöglich auf sie vor.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, setzen wir ein Zeichen und zwar nicht einfach ein symbolisches, sondern eines für sehr konkrete Massnahmen. Machen wir heute gemeinsam den nächsten Schritt in Richtung Zukunft, beschliessen wir überzeugt die erste Etappe des Green Deals für Graubünden, nehmen wir zufrieden von der Stossrichtung des Aktionsplans Kenntnis und sagen wir Ja zu Perspektiven und Chancen in Graubünden. Ich bitte Sie einzutreten.

Stiffler: In der FDP war Eintreten unbestritten. Dass mit diesem Zwischenbericht Finanzierung, erste Massnahmen und Gesetzgebung geregelt werden, begrüsst unsere Fraktion. Denn das oberste Ziel von uns allen hier im Grossratsaal muss doch sein, den nächsten Generationen eine gute Zukunft zu hinterlassen. Und gute Zukunft heisst auch, den Klimawandel entschieden anzugehen. Gute Zukunft heisst ebenso, einen sinnvollen und sorgfältigen Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen. Gute Zukunft heisst auch, Investition in Forschung, Bildung und Innovation. Denn damit haben wir eine grosse Chance, Graubünden zu einem nachhaltigen Wirtschaftsstandort der Alpen weiterzuentwickeln, und dennoch der beliebteste Tourismuskanton der Schweiz zu bleiben. Alleinstellungsmerkmale, auf die wir gezielt hinarbeiten sollten.

Für die Fraktion ist klar, dass der Green Deal in die richtige Richtung geht, die Massnahmen wirksam sein müssen, aber auch sozial verträglich und bezahlbar. Ein Green Deal darf nicht nur ökologisch betrachtet werden. Es müssen auch wirtschaftliche Perspektiven und bezahlbare Massnahmen aufgezeigt werden. Auch wenn es erst um die erste Etappe geht, fordert die FDP bereits heute, dass die Finanzierung innerhalb des regulären Finanzhaushalts und unter Einhaltung der finanzpolitischen Richtwerte erfolgen muss. Neue Abgaben oder gar eine Steuererhöhung wird die Fraktion entschieden ablehnen. Wir werden deshalb in der Detailberatung über die Grundsatzfragen ein paar Gegenanträge stellen.

Wichtig erscheint unserer Fraktion ebenfalls, dass das Finanzierungskonzept noch vertieft wird. Einmal mehr weisen wir darauf hin, dass die Regierung schon lange eine Priorisierung hätte vornehmen sollen. Diese Priorisierung wurde versäumt. Und jetzt müssen dementspre-

chend andere Projekte zurückgestellt werden, wenn der Green Deal in der angedachten Form umgesetzt werden soll. Es darf also nicht sein, dass Gewerbe und die Bürger für die Versäumnisse, eben für eine Nichtpriorisierung anderer Projekte, nun an die Kasse gebeten werden. Seit Wochen ist bekannt, dass mögliche neue Abgaben und Steuererhöhungen von mehreren Parteien, wenn nicht von allen, scharf kritisiert werden. Ich bitte die Regierung darum, uns zu erläutern, wie denn das Finanzierungskonzept ohne Abgaben und Steuererhöhungen aussieht und uns Alternativen aufzuzeigen.

Dann haben wir noch eine konkrete Frage zu den Beiträgen. Wer wird denn davon profitieren, wie wird das Vorgehen sein? Wir fordern, dass dieses Vorgehen kein bürokratischer, administrativer Aufwand wird, mit zahlreichen neuen Gesetzen, Verordnungen und bemühenden Auflagen und Bewilligungsverfahren. Vielleicht können Sie, werte Herren Regierungsräte, bereits etwas zum Vorgehen für die Verwendung der Beiträge sagen.

Ebenfalls haben wir eine Frage zur berechneten Wertschöpfung. In der Botschaft heisst es, dass in einem Grundlagenbericht von econcept ausgeführt wird, dass die kumulierte Wertschöpfungswirkung von insgesamt 1,1 Milliarden Franken mit 13 000 Vollzeitäquivalenten gleichgesetzt werden kann. Wie wurden diese 13 000 Vollzeitäquivalente berechnet und wo werden diese angesiedelt? Können Sie darüber schon etwas sagen?

Somit ist die Fraktion für Eintreten, ist Ihnen aber dankbar um die Beantwortung dieser Fragen und wird nachher bei den Grundsatzfragen die Anträge stellen.

Cramer: Wenn wir heute über die erste Etappe des Aktionsplans Green Deal sprechen, handelt es sich um eine historische Debatte, weil wir die Weichen für die nächsten 30 Jahre stellen. Es geht um die Frage, welchen Beitrag der Kanton Graubünden leisten soll, damit wir das Klimaziel mit Netto-Null Treibhausgasemissionen im Jahr 2050 erreichen.

Die Mittefraktion ist bereit, ihren Beitrag dazu zu leisten, denn nichts tun ist keine Option. Der Kanton Graubünden tut gut daran, von nationalen und internationalen Megatrends zu einer ökologischeren und nachhaltigeren Entwicklung zu profitieren. Ich bin überzeugt, dass der Kanton Graubünden eine gute Ausgangslage hat, indem etwa Forschungsplätze bei uns im Berggebiet angesiedelt werden können oder die für uns so wichtige Wasserkraft ausgebaut werden kann. Es muss uns gelingen, für den Kanton Graubünden aus den aktuellen Tendenzen das Maximum herauszuholen.

In der Debatte und Umsetzung des Green Deals muss aber darauf geachtet werden, dass die heute von uns gefällten Beschlüsse und in Zukunft gefällten Beschlüsse einen wirtschaftlichen Nutzen für den Kanton und für die Bevölkerung, für die Wirtschaft bringen.

Die Regierung schlägt uns in dieser blauen Botschaft einen bunten Strauss an Massnahmen vor, wie die von uns definierten Ziele erreicht werden sollen. Verschiedene Bereiche wie Gebäude, Verkehr, Industrie, Landwirtschaft, Tourismus und Energiewirtschaft sind betroffen.

Die Mittefraktion unterstützt den von der Regierung und Kommissionsmehrheit eingeschlagenen Weg. Einige Punkte scheinen mir für diese Debatte allerdings wichtig.

Aus der Abstimmung zum CO₂-Gesetz müssen die Lehren gezogen werden. Es kann nicht sein, dass gewisse Bevölkerungsteile finanziell besonders stark belastet werden. Gerade in den Randregionen ist die Fortbewegung mit dem Auto zentral, da der öffentliche Verkehr sich oft nur auf eine Grunderschliessung beschränkt. Aus diesem Grund wurde auch damals die Erhöhung des Benzinpreises gerade in diesen Regionen abgelehnt. Von einem Baustopp, oder Ausbaustopp von Strassenprojekten, wie es Grossrat Della Cà angetönt hat, kann aber keine Rede sein. Lehre Nummer eins aus dieser Abstimmung ist, dass wir die Randregionen nicht abstrafen dürfen. Im Gegenteil, wir sehen Chancen für die Regionen in unserem Kanton mit dem Green Deal. Lehre Nummer zwei ist, dass die Bürgerinnen und Bürger skeptisch gegenüber neuen Abgaben sind. Dies selbst wenn die Umverteilung kostenneutral erfolgt. Auf eine grosse Umverteilung muss deshalb verzichtet werden.

Wir sind der vorberatenden Kommission deshalb sehr dankbar, dass auf zusätzliche Abgaben und Steuern grundsätzlich verzichtet werden soll. Der Green Deal muss aus den allgemeinen Staatsmitteln finanziert werden. Steuererhöhungen kommen demgegenüber nur als Ultima Ratio in Frage, und dazu ist das Parlament erneut zu befragen. Es ist mir wichtig, mit Nachdruck darauf hinzuweisen. Eigentlich müsste man sogar im Gegenteil prüfen, ob mit Steuererleichterungen Anreize geschaffen werden können, damit die Menschen einen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leisten können und wollen, ganz im Sinne von Fördern statt Fordern.

Lehre Nummer drei ist, dass wir wo möglich auf staatlichen Zwang verzichten. Statt die Bürgerinnen und Bürger über das Portemonnaie zu einem bestimmten Verhalten zu zwingen, sollten wir prüfen, welche gesetzlichen Hürden abgebaut werden können, damit ein bestimmtes, angestrebtes Verhalten erzielt werden kann. Beispielsweise im Bereich der Gebäudesanierungen ist es absolut zentral, dass im Hofstaatrecht bei einem Abbruch und Wiederaufbau eine Wärmedämmung auf die bisherige Gebäudehülle angebracht werden kann, ohne dass diese zum Grenzabstand zählt. Im Bewusstsein, dass wir heute nicht über Gesetzesrevisionen sprechen, bin ich trotzdem der Meinung, dass man solche Inputs auch der Regierung mitgeben darf und soll. Dasselbe gilt für das Hineinragen in den allgemeinen Grenz- und Gebäudeabstand gemäss kantonalem Raumplanungsgesetz.

Bei der Energiewirtschaft ist etwa zu prüfen, ob gewisse Schutzvorschriften der Natur- und Heimatschutzgesetze abgeschafft werden könnten, damit die für unseren Kanton so zentrale Wasserwirtschaft sich entfalten und entwickeln kann. Tatsache ist nämlich, dass heute zahlreiche gesetzliche Bestimmungen, namentlich aber im Bundesrecht, entsprechende Investitionen verhindern. Weniger verhindern ist auch Wirtschafts- und Klimaförderung.

Im Bereich des Verkehrs ist der öffentliche Verkehr zu stärken, ohne aber dass das Autofahren deswegen verteuert wird. Gerade in den Regionen sind wir nämlich auf das Auto angewiesen. Da gebe ich Grossrat Della Cà recht. Auch hier gäbe es wichtige Massnahmen, um den öffentlichen Verkehr attraktiver zu machen, indem etwa Taktverdichtungen auch in die Regionen unseres Kan-

tons angestrebt werden und der Zug zum Arbeitsort wird. So muss es doch im 21. Jahrhundert möglich sein, zwischen Chur und St. Moritz ohne Unterbrüche zu telefonieren oder im WLAN der Rhätischen Bahn zu surfen. Letztendlich müssen wir uns fragen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, welchen persönlichen Beitrag kann jeder und jede von uns leisten, damit wir die uns gesteckten Ziele erreichen können. Z. B. können wir einheimische Lebensmittel kaufen, einmal mehr Ferien in der Schweiz statt im Ausland verbringen oder auch eine Fahrgemeinschaft bilden. Es liegt an jedem einzelnen von uns, sein Verhalten kritisch zu überprüfen und zu hinterfragen und damit auch seinen persönlichen Beitrag zu leisten. Die Mitte-Fraktion ist für Eintreten und lehnt den Nichteintretensantrag der SVP ab.

Hohl: Ich möchte der Regierung für die Botschaft zum Aktionsplan Green Deal Graubünden herzlich danken. Sie haben grundsätzlich gute Arbeit geleistet. Der Green Deal kann unterstützt werden. Eine gewisse Justierung wird jedoch unumgänglich sein. Ich denke, es dürfte unbestritten sein, dass wir in Graubünden nur einen sehr beschränkten Einfluss auf die globale Klimaerwärmung haben. Wir werden mit dem Green Deal also nicht die Welt retten. Gleichermassen dürfte die Gefahr, welche aus der Klimaerwärmung insbesondere für unsere Regionen resultiert, längst unbestritten sein. Entsprechend sehe ich uns auch absolut in der Pflicht, dass Graubünden seinen Beitrag an die Erreichung der übergeordneten Klimaziele weltweit aus dem Pariser Klimaabkommen des Jahres 2015 und auch an die nationalen Klimaziele, welche der Bundesrat zuletzt im Jahr 2019 auf Netto-Null bis 2050 angepasst hat, leistet. Unsere Nachkommen haben einen Anspruch darauf, dass wir in unserem Einflussbereich das realistisch Mögliche und finanziell wie demokratisch abgestützt Umsetzbare unternehmen, um weniger CO₂ auszustossen und das Klima so weit als möglich zu schützen. Der Auftrag Wilhelm zum Green Deal fordert genau dies, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Die Mütter und Väter des Auftrags erwähnen daher in ihrem Auftrag zu recht, dass das Erreichen der übergeordneten Ziele an sich schon sehr ambitioniert ist. Dies führt auch die Regierung in ihrer Botschaft aus. Ich bitte daher, nach dem Votum betreffend Tempo von Grossrat Wilhelm insbesondere die Vertreterinnen und Vertreter der SP, nachdem wir uns mit der Regierung auf die Überweisung des Auftrags grossmehrheitlich geeinigt haben, nicht auch das Kind mit dem Bade auszuschütten. Ambitioniertere Ziele als Netto-Null 2050, welche über das Pariser Klimaabkommen und somit über den Auftrag, welcher von ihnen mitformuliert wurde, hinausgehen, sind nicht realistisch, solange wir nicht eine Suffizienzstrategie anstreben, d. h. einen erheblichen Konsumverzicht, Wirtschaftsschrumpfung und damit auch Wohlstandsschrumpfung in Kauf nehmen. Dazu ist eine Mehrheit der Bevölkerung sicher nicht bereit. Dazu ist vermutlich selbst die Mehrheit der wohlstandsgenährten Klimajugend nicht bereit, dazu ist ja nicht einmal unser SP-Nationalrat bereit, wenn er mal schnell für einen Kurztrip nach Berlin jettet.

Aber zurück zur Botschaft zum Green Deal. Sie ist wirklich eine gute Basis. Denn was wir jetzt brauchen, sind nicht weitere Streitereien um Zielwerte und eine halbe Tonne CO₂ mehr oder weniger. Die Zielsetzung wird international und national vorgegeben und vermutlich laufend anhand der zur Verfügung stehenden Technologien auch angepasst. Nein, wir brauchen jetzt Taten, wir brauchen Umsetzung, wir brauchen Massnahmen und das liefert uns die Regierung zumindest teilweise. Denn durch die Massnahme des Green Deals werden wir weniger CO₂ ausstossen, werden wir, wie gehört, rund 400 Millionen Franken pro Jahr nicht mehr in die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen in irgendwelche Staaten im Nahen Osten transportieren, sondern in die lokale Energieproduktion vor Ort investieren. Wir werden helfen, dass lokale Impulse gesetzt werden und diese Impulsgelder dann hoffentlich auch an die lokalen Unternehmungen und somit regionale Arbeitsplätze fliessen werden. Da sehe ich die Regierung in der Pflicht, in der Pflicht, die Arbeiten im Rahmen des rechtlich möglichen kantonal zu vergeben, und in der Pflicht, dass die versprochenen 13 000 Vollzeitäquivalente nicht nur beim Kanton, sondern auch in der Privatwirtschaft geschaffen werden.

Wir sprechen hier und heute nicht primär davon, die Welt zu retten. Wir sprechen davon, Graubünden als Ort bekannt zu machen, wo nicht nur Klimagrundsatzentscheide abgelegt werden, weil sie trendy sind. Graubünden soll umsetzen und dadurch Cleantech-Unternehmen und Cleantech-Arbeitsplätze hervorbringen. Wir sprechen von Graubünden als Wasser- und Sonnenkraftkanton, welcher sich im Bereich der erneuerbaren Energien weiterentwickeln kann und muss.

Mit der Dachorganisation der Bündner Wirtschaft haben wir ein Grundlagenpapier herausgebracht, welches zeigt, dass die Wirtschaft hinter dem Green Deal steht, die Chancen sieht und bereit ist, diese zu nutzen. Wir zeigen aber auch, wo der Green Deal noch besser werden muss. Der Green Deal muss noch mehr zum Deal für die Wirtschaft werden. Es muss Wert daraufgelegt werden, dass die Massnahmen effizient und unbürokratisch umgesetzt werden. Dazu muss z. B. im Bereich der Industrie vermehrt auf bestehende und bewährte Instrumente wie z. B. Zielvereinbarungsprogramme der Energieagentur der Wirtschaft EnAW zurückgegriffen werden. Bestehende Cleantech-Netzwerke sind besser zu nutzen, um neue zu schaffen, statt, dass auf den Ausbau staatlicher Stellen fokussiert wird.

Es ist unbedingt zu vermeiden, dass unter dem Deckmantel des Green Deals ein Bürokratiemonster geschaffen wird. Das Gegenteil müsste der Fall sein. Die Bürokratie muss reduziert und Abläufe müssen vereinfacht werden, im Sinne des Green Deals. Dazu werden wir nachher bei den Grundsatzfragen noch sprechen. Wir wollen Massnahmen für den Klimaschutz und keine neuen Gesetze und aufgeblähte Verfahren. Wir müssen schneller und effizienter werden. Themen wie die Aus- und Weiterbildung müssen Teil des Green Deals werden. Forschung und neue Technologien müssen gefördert werden. Generell muss mit Anreizen und mit Fördermassnahmen, statt mit Verboten gearbeitet werden.

Auch müssen die Themen Digitalisierung und Nachhaltigkeit viel konsequenter verknüpft werden. Lassen Sie mich Ihnen ein Beispiel dazu geben. Durch den konsequenten Ausbau von 5G-Netzen kann nicht nur der Stromverbrauch gegenüber der bestehenden Netzinfrastruktur um bis zu 85 Prozent gesenkt werden, sondern auch die Basis für eine Vernetzung von intelligenten und ressourcenschonenden Systemen geschaffen werden. Der Kanton muss mit seiner Digitalisierungsstrategie, welche schon heute läuft, dafür sorgen, dass die technischen Möglichkeiten, welche viele erst durch Corona kennenlernen durften, nachhaltig zu einer Reduktion der Mobilität führen.

Wir müssen aber auch die Rahmenbedingungen thematisieren. Wir könnten z. B. Investitionen in die Gebäude über Kredite unkomplizierter abgesichert werden, damit nicht aus kurzfristigen liquiden Engpässen bei Eigentümern von Liegenschaften fällige und sinnvolle Investitionen nicht umgesetzt werden. Wir werden auch nicht bei allen Massnahmen, welche vorgelegt werden, Mehrheiten finden. Machen wir uns nichts vor. Entsprechend wird Regierung und Verwaltung gefordert sein, über die Ziele des Pariser Klimaabkommens hinaus Massnahmen zu erarbeiten.

Es ist wichtig, dass die Regierung, wie in der Botschaft angetönt, auch die Gemeinden mit ins Boot nimmt. Wir brauchen alle staatlichen Ebenen zur Zielerreichung.

Abschliessend möchte ich mich zur Finanzierung noch kurz äussern. Ich begrüsse es, dass die FDP von Anfang an und in Übereinstimmung mit unseren Wirtschaftsverbänden gefordert hat, dass die durchschnittlichen 36 Millionen Franken Mehrbelastung pro Jahr für den Kanton nicht über neue Steuern und Abgaben finanziert werden sollen, sondern dass durch saubere Priorisierung und Ausgabendisziplin diese Mittel durch den regulären Haushalt, allenfalls immerhin aus den angehäuften Reserven bereitgestellt werden sollen. Klimawandel muss für den Mittelstand tragbar bleiben. Das hat auch die schweizweite Abstimmung über das CO₂-Gesetz gezeigt. Zur Finanzierung werde ich mich aber noch vertieft äussern, wenn wir die Grundsatzfragen diskutieren. Ich werde da seitens der FDP auch ein paar Anträge einbringen.

Ich fordere Sie entsprechend auf: Nutzen wir die Chance für Graubünden und leisten wir mit konkreten, effizienten und sinnvollen Massnahmen unseren Beitrag zur Erreichung des Pariser Klimaabkommens aus dem Jahr 2015 und den Zielen des Bundes aus dem Jahr 2019. Und setzen wir vor allem mit dem Green Deal wertvolle Impulse für unsere lokale Wirtschaft, für regionale Arbeitsplätze, mehr Innovation, mehr nachhaltige Digitalisierung und mehr Fortschritt. Ich bitte Sie, einzutreten.

Müller (Felsberg): Es ist klar, es wurde schon viel gesagt. Wir sind zwar am Anfang der Session, aber ja, die Voten ziehen sich in die Länge. Trotzdem, ich bin überzeugt, wir sprechen heute über eine der zentralsten Wegweisungen, die wir in dieser Legislatur beschliessen werden, und daher erlaube ich es mir, trotzdem auch noch etwas zu sagen. Es ist Zeit, es ist schon länger Zeit, aber es ist immer noch Zeit übrig, Zeit zu handeln. Wir haben einiges zu verlieren. Wir haben das auch schon

gehört, besonders in unserem Kanton. Der Klimawandel mag lange Zeit relativ gut aushaltbar sein, aber in diesem Moment, in dem er eben nicht mehr aushaltbar ist, in diesem Moment ist es dann zu spät, um zu handeln. Ich bin froh, dass wir heute auch tatsächlich über griffige Lösungen sprechen dürfen. Da möchte ich auch wirklich der Regierung danken und auch der Kommission, dass Sie bereit sind, in unserem Kanton Verantwortung zu übernehmen. Mit Garantie, und das haben wir auch schon von verschiedensten Seiten gehört, werden wir nur davon profitieren, jetzt zu handeln.

Wir müssen uns bewusst sein, dass wir investieren. Wir investieren in die Zukunft, für unsere Kinder, in unsere Wirtschaft, ohne Zweifel. Ich möchte stolz sein auf Graubünden, so, wie es beispielsweise auch die Glarnerinnen und Glarner sein können, die an ihrer letzten Landsgemeinde klimapolitische Köpfe mit Nägeln eingeschlagen haben. Ab Anfang 2022 dürfen bei einem Neubau oder Heizungswechsel keine Ölheizungen mehr eingebaut werden im Kanton Glarus. Auch sie haben wie wir das CO₂-Gesetz hoch abgelehnt. Offensichtlich bedeutet das aber nicht, dass wir keinen Klimaschutz wollen, sondern dass sie nicht mit der Finanzierung einverstanden waren im CO₂-Gesetz.

Ich möchte aber neben dem Lob auch noch auf etwas aufmerksam machen, das mir sehr wichtig ist. Ich halte es für eine entscheidende Information. Gemäss dem IPCC, Sie haben sicher auch schon davon gehört, dem Weltklimarat, haben wir eben diese Treibhausgasbudgets, die THG-Budgets zur Verfügung. Davon haben Sie auch im Bericht zu diesem Geschäft mit Sicherheit gelesen. Dieses Budget bemisst sich danach, welches Temperaturanstiegsziel wir bis wann erreichen wollen. Der Bericht zu unserem Aktionsplan Green Deal nimmt dieses Budget auf und verdeutlicht, bei welchen Szenarien wir welches Budget noch zur Verfügung haben. Abgesehen davon, und das ist mir auch sehr wichtig, allgemein unserer Fraktion, zu erwähnen, dass es klar ungenügend ist, ein 1,7°C Ziel zu erreichen bis 2050, gibt es eine entscheidende Information zu den berechneten Zahlen. Der Bericht, und damit auch die Bündner Regierung, stützt sich auf ein Treibhausgasbudget, das wir noch haben, mit welchem wir unser 1,7°C Ziel erreichen, dass wir das nur mit einer Wahrscheinlichkeit von 50 Prozent erreichen.

Ich sage es nochmals: Mit diesem Treibhausgasbudget, das die Regierung uns hier vorlegt, das wir noch haben, dieses Ziel erreichen wir nur mit einer 50-prozentigen Wahrscheinlichkeit. Nun möchte ich Sie alle fragen: Wie wohl ist es Ihnen bei einer Lotterie, bei der Sie nur eine 50-prozentige Wahrscheinlichkeit haben, zu verlieren? Oder dramatischer ausgedrückt: Würden Sie in ein Flugzeug steigen, bei dem die Wahrscheinlichkeit bei 50 Prozent liegt, dass es abstürzt? Was ich sagen möchte, ist: Passen wir auf. Es ist gut, dass wir diese Zahlen verankern. Es ist gut, dass wir ganz, ganz konkret darüber sprechen, was wir noch zur Verfügung haben. Aber aufpassen, wir müssen nochmals darüber sprechen und nochmals darüber sprechen und überprüfen und uns fragen, ob wir bei dieser 50-prozentigen Wahrscheinlichkeit auch tatsächlich auf der richtigen Seite gelandet

sind. Das Eis ist eben ziemlich dünn, auf dem wir uns bewegen.

Zusammengefasst: Gut, dass wir diesen Schritt wagen. Gut, dass wir nicht an den kleinen Schrauben drehen, sondern ein glaubwürdiges und umfassendes Klimaschutzprojekt anstreben. Aber bedenken Sie, liebe Mitentscheidende, ich sage es nochmals: Wir sind nicht ambitioniert genug und müssen uns ganz fest bewusst sein, dass dieses Ziel, das wir anstreben, mit grössten Unsicherheiten behaftet ist. Wir werden wieder und wieder darüber sprechen müssen.

Die SP-Fraktion ist klar für Eintreten und möchte ebenfalls verdeutlichen, wie auch schon andere in diesem Rat, dass wir keine Steuererhöhungen wollen und brauchen zur Finanzierung des Green Deals. Unser Kanton ist instande, diese Massnahmen zu finanzieren, ohne die Bürgerinnen und Bürger mehr zu belasten. Wir können diesen Plan sozialverträglich ausgestalten. In diesem Sinne, übernehmen wir Verantwortung. Wagen wir diesen Schritt und seien wir ambitioniert.

Alig: Der Vulkan auf La Palma bläst im Moment so viel CO₂ in die Luft wie Deutschland in den nächsten 100 Jahren einsparen will. Was ich von diesem in der Session extra muros in Pontresina überwiesenen Auftrag Wilhelm halte, habe ich gleichen Orts ausführlich erklärt. Gleiches will ich nicht nochmal wiederholen. Meine Meinung habe ich jedoch auch in der Zwischenzeit nicht geändert.

Ich stelle auch fest, dass die Euphorie bei einigen Vordnern, die damals den Auftrag überwiesen haben, heute etwas gedämpfter wirkt. Ich will nun aber noch einige Vergleiche in genannter Sache aufzählen, die ich noch nicht erwähnt habe und die wahrscheinlich in diesem Saal allen bekannt oder den meisten bekannt sind, aber aus irgendwelchen Gründen auch immer davon nichts hören wollen.

Mir ist Umweltschutz selbstverständlich auch wichtig, auch Klimaschutz. Ich fliege nicht in die Ferien, nie, nie. Aber bleiben wir auf dem Boden. Lassen wir die Kirche im Dorf, denn 30 Prozent aller CO₂-Emissionen kommen aus China, 30 Prozent, 15 Prozent aus den USA, sieben Prozent aus Indien, acht Prozent aus der Europäischen Union. Und der gesamte Strassenverkehr der Europäischen Union verursacht ein Prozent der CO₂-Emissionen weltweit.

Und nun schauen wir mal bei uns in der Schweiz. Die gesamte Schweiz verursacht 0,1 Prozent aller CO₂-Emissionen weltweit. Unser Verkehr verursacht 0,032 Prozent, 0,032 Prozent. Unser Kanton Graubünden verursacht einen winzigen Bruchteil von den eben genannten Schweizer CO₂-Emissionen. Und dafür wollen Sie die Autofahrer und die Hausbesitzer plagen, die Randregionen massiv benachteiligen und unser hiesiges regionales Gewerbe gleich noch plattdrücken. Dafür sollen auch noch zwei Milliarden Franken aufgewendet werden. Zwei Milliarden Franken soll also das Bündner Völklein aufwenden. Zwei Milliarden Franken, die global gesehen wenig bis gar nichts bringen. Oder meint ihr es wirklich, dass wir damit die Gletscher oder eben auch noch die Welt retten?

So nebenbei sei zur Erinnerung auch noch erwähnt, die Gletscher schmelzen kontinuierlich bereits seit 4000 Jahren. Das heisst, das Klima erwärmt sich ebenfalls seit 4000 Jahren. Wir leben nicht einmal 100 Jahre und machen uns Sorgen für die nächsten 1000 Jahre.

Frau Thunberg ist unterwegs und will uns die Welt erklären. Sie will uns erklären, was wir zu tun oder gefälligst zu lassen haben, sie, die in allen Bereichen ohne Ausnahme Konsum auf höchstem, noch nie dagewesenem Standard ohne irgendwelchen Verzicht genießt. Ich jedenfalls muss mir von Greta die Welt nicht erklären lassen. Ich weiss sehr wohl, wie die Welt funktioniert. Ich habe nämlich als junger Bursche aus einem kleinen Bündner Dorf noch gelernt mit sehr, sehr, sehr wenig auszukommen.

Und nun noch zwei, drei Bemerkungen zu der allgemeinen Klimabewegung, zu den Demonstrationen und zur Klimajugend, die ständig CO₂-Reduktionen lauthals verlangen. Wenn diese Leute es wirklich ernst meinen, dann verzichten sie auf das Handy aus China, fliegen nicht in die Ferien und fahren auch nicht auf Kunstschnee Ski. Vor allem verzichten sie aber auf die Nutzung des Internets, denn das Internet verursacht 3,7 Prozent aller CO₂-Emissionen weltweit. Das sind halb so viele CO₂-Emissionen, wie die gesamte Europäische Union verursacht, und vierzig Mal höher als der gesamte CO₂-Ausstoss der gesamten Schweiz, vierzig Mal höher. Ich habe noch keine Demonstrationen gegen das Internet erlebt.

Und zuletzt noch dies: Bei mir sind die vermeintlichen Klimaretter erst dann glaubwürdig, wenn sie erstens die geltenden demokratischen Gesetze respektieren, und zweitens, wenn sie den verursachten und liegengelassenen Dreck und Abfall nach den Demonstrationen und nach den Open Airs selber wieder aufräumen, den Müll sauber trennen und sauber getrennt zur Wiederverwertung bringen, so wie dies bei mir seit Jahrzehnten selbstverständlich der Fall ist.

Für echte und realistische und für unser Gewerbe auch tragbare Massnahmen zur Reduktion von Schadstoffen aller Art bin selbstverständlich auch ich zu haben. Bei diesem Auftrag schiessen wir jedoch weit übers Ziel hinaus. Klima und Naturschutz in allen Ehren, aber bitte mit Vernunft. Weltuntergangsszenarien alla Uriella mag ich nicht mehr hören. Ich mag das nicht mehr hören. Kleinere und auch grössere Naturkatastrophen hat es auf dieser Welt leider immer schon gegeben, und es wird sie auch weiterhin geben, ob es uns passt oder nicht. Dies müssen wir wohl oder übel zur Kenntnis nehmen, und damit müssen wir auch leben. Darum unterstütze ich den Auftrag auf Nichteintreten.

Kappeler: Ich danke der Regierung ausdrücklich für die Erarbeitung der Botschaft, und das sage ich, weil ich wohl einer der grössten Klimasünder im Kanton Graubünden bin. Dazu dann im zweiten Teil meines Votums. Es wurde gesagt, wir haben den Auftrag zum Green Deal anlässlich der Junisession 2019 verabschiedet mit 103 Stimmen, somit ist eigentlich klar, was zu tun ist. Im Klimaübereinkommen von Paris von 2015 wurde beschlossen, dass die globale Erwärmung bis 2050 im Vergleich zur vorindustriellen Zeit auf 1,5°C begrenzt

werden soll. Die Schweiz hat sich dabei verpflichtet, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 50 und bis 2050 um 70 bis 85 Prozent zu reduzieren. Im Sommer 2019, das hat Kollege Hohl auch schon gesagt, hat der Bundesrat dann beschlossen, bis 2050 netto keine Treibhausgasemissionen mehr auszustossen. Dieses Konzept ist die Vorgabe, auf welcher die Studie von Ernst Basler und Partner basiert und an welche wir uns zu halten haben, Punkt.

Die Botschaft der Regierung unterteilt den Green Deal in zwei Hauptkapitel. Auf der einen Seite haben wir die Massnahmen, auf der anderen Seite die Finanzierung. Der Massnahmenplanung wurde ein Treibhausgasbudget zugrunde gelegt, basierend eben auf der Zielsetzung, nämlich, für den Gebäudepark mit etwa einer halben Milliarde Franken, mit einer kumulierten Wirkung bis 2050 von 0,6 Megatonnen CO₂, für den Verkehr in der gleichen finanziellen Grössenordnung mit 1,0, für die Industrie von 200 Millionen Franken mit 0,8 Megatonnen, für die Landwirtschaft von 240 Millionen Franken mit sehr hohen 4,3 Megatonnen CO₂ sowie für Tourismus und Konsum im Umfang von 30 Millionen Franken mit nicht quantifizierter Wirkung. Das vorgesehene Treibhausgasbudget wird damit jedoch nicht vollständig zu erreichen sein. Die Botschaft weist darauf hin, dass das Ziel entweder mit einer Verschärfung der Massnahmen oder mittels Negativemissionstechnologien erreicht werden kann.

Bezüglich der Finanzierungsplanung geht die Botschaft der Regierung von 1,7 Milliarden Franken aus, wobei auf den Kanton etwa zwei Drittel, also etwa 1,1 Milliarden Franken, fallen. Nicht belastet werden sollen die Gemeinden, was aus unserer Sicht sinnvoll ist, damit die Gemeinden ihren Spielraum behalten können. Die Kosten des Kantons sollen durch einen Klimafonds gemagt werden. Finanziert durch Steuern, z. B. Verwendung des Eigenkapitals und Abgaben wie Abgaben auf den Verbrauch von fossilen Energien.

Wir Grünliberale stehen dahinter, dass auf frei verfügbares Eigenkapital zurückgegriffen wird, für eine Steuererhöhung sind wir jedoch nicht zu haben. Und klar von unserer Vergangenheit her ist eindeutig, dass wir für Lenkungsmaßnahmen sind. Die Regierung macht dann in der Botschaft eine Auslegeordnung für drei Finanzierungsvarianten. Da wir davon ausgehen, dass diesbezüglich noch grössere Veränderungen anstehen und Anträge gestellt werden, von denen wir keine Kenntnis haben, gehen wir nicht weiter auf diese Varianten jetzt ein.

Die Regierung schlägt ein etappiertes Vorgehen vor, mit der Umsetzung von Massnahmen aus dem Gebäudebereich, dem Verkehr und der Energiewirtschaft. Aus unserer Sicht fehlt hier klar die Massnahme KS.Industrie-1.1, die da heisst «Identifikation von innovativen Projekten zur Erreichung des Netto-Null-Ziels». Für die Identifikation von innovativen Projekten braucht es aus unserer Sicht nicht Millionen.

Gemäss Botschaft soll Etappe II frühestens in der Oktobersession 2023 beraten und beschlossen werden. Diesbezüglich hoffen wir, dass nicht noch weitere Verzögerungen auftreten. Erlauben Sie mir hier eine Klammerbemerkung. Im 2015 habe ich einen Auftrag für einen Campus zur Fachhochschule Graubünden eingereicht,

also vor sechs Jahren, und heute haben wir die Botschaft für das Projekt und den Kredit immer noch nicht. Und dort geht es nur um 150 bis 150 Millionen Franken.

Wir von der GLP sind für Eintreten und werden den in der Botschaft formulierten Anträgen positiv gegenüberstehen.

Nun erlaube ich mir noch eine Bemerkung zur SVP, zur Haltung. Wenn Sie die Botschaft genau lesen zum ersten Massnahmenpaket, das sind sechs Millionen Franken für den ÖV budgetiert. Die sechs Millionen Franken, Sie sprechen von Randregionen und Entvölkerung, diese sechs Millionen Franken dienen einzig und allein oder primär den Randregionen und sollen ja eben gegen die Entvölkerung wirken. Die anderen Massnahmen, die betreffen alle etwa gleichwertig. Und Kollege Alig, Sie haben schon recht, wir leben schon nur 100 Jahre, ja vielleicht dann auch 120 Jahre, aber damit ist es ja nicht vorbei, hoffe ich. Wir tragen auch eine Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen.

Nun komme ich noch zum Thema, weshalb ich Klimaschutz bin. Ich bin Verwaltungsratspräsident der GEVAG, und da fühle ich mich für die Leistung unserer Bündner Kehrlichtverbrennungsanlage verantwortlich. Wo steht nun unsere Kehrlichtverbrennungsanlage unter dem Blickwinkel des Green Deals? Ich muss Ihnen sagen, nicht gerade toll, wir haben noch sehr, sehr viel Luft nach oben. Sehen Sie von der Energie, welche wir in unserem Abfall in die Kehrlichtverbrennungsanlage einfügen, nutzen wir nicht mal 50 Prozent. Über 50 Prozent der Energie lassen wir als Abwärme einfach in die Umgebung. Die verpufft einfach als Abwärme. Das sind 220 Gigawattstunden pro Jahr. Und bei der Verbrennung der organischen Stoffe mit Sauerstoff entsteht CO₂. Ja, und wieviel CO₂ stossen wir aus? Wir stossen 100 Prozent des CO₂ einfach an die Umgebung. Nicht berauschend. Schweizweit, das sind bei uns in der GEVAG etwa 120 000 Tonnen CO₂ jedes Jahr. Und das ist eben nicht wenig. Schweizweit beträgt der durchschnittliche CO₂-Ausstoss aus Kehrlichtverbrennungsanlagen sieben bis acht Prozent. Eine riesige Menge.

Nun können Sie fragen, ja, weshalb ändern wir das nicht? Ja, wir könnten schon mehr Wärme abgeben, aber dafür brauchen wir mehr Kunden, primär natürlich Kunden, welche heute Heizöl oder fossiles Erdgas verfeuern. In der Botschaft steht auch, das Energiesystem muss umgebaut werden. Jawohl. Und das CO₂ im Rauchgas, auch da ist ein Hinweis in der Botschaft, könnten wir über Wasserstoff zum Ethan oder zu synthetischen Treibstoffen umwandeln. Können wir alles machen. Wir haben ein riesiges Potenzial in der Bündner Kehrlichtverbrennungsanlage. Und wir haben auch die Konzepte in der Vorbereitung. Aber umsetzen können wir das nicht alleine. Deshalb bitten wir die Regierung mit dem Massnahmenpaket 2 wirklich nicht lange zuzuwarten. Und wir bitten auch Sie, die Verantwortung wahrzunehmen. Nochmals zur Massnahme Industrie-1.1: Ich denke, die sollte nicht Identifikation von innovativen Projekten heissen, sondern wohl eher Umsetzung von innovativen Projekten. Vielleicht kann uns der zuständige Regierungsrat dann die Interpretation auch noch bestätigen.

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Wir schalten eine Pause ein und fahren um 16.30 Uhr mit der Debatte fort.

Pause

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Darf ich Sie bitten, Platz zu nehmen, damit wir mit der Debatte weiterfahren können. Besten Dank. Wir fahren mit der Debatte weiter, und ich erteile Grossrat Flütsch das Wort.

Flütsch: AGD GR, Aktionsplan Green Deal Graubünden. Ziel dieses Green Deals ist es, die Treibhausgase, THG, drastisch zu mindern und das Klimaabkommen von Paris einzuhalten, aber nicht darüber hinaus zu planen. Die THG-Menge, die in Graubünden noch in die Atmosphäre gelangen darf, ist in der Botschaft definiert. Grossrätin Müller hat es ausgeführt. Die Politik gibt den Rahmen vor, aber auch unsere Wirtschaft im Kanton Graubünden ist gefordert. Und nur ein Miteinander von der Politik und Wirtschaft kann den gewünschten Erfolg erzielen. Dabei ist früher als später besser, denn die Parameter im Green Deal, die eine Verteuerung der Produkteleistung mit sich ziehen, sind verträglich umzusetzen. Das investierte Kapital der Politik soll ziel- und bedürfnisgerecht und wertschöpfend im Kanton investiert werden. Wenn dies gelingt, wird die Umwelt und die Wirtschaft des Kantons Graubünden profitieren und die investierten Mittel werden auf längere Sicht reinvestiert.

Bei der Umsetzung und Finanzierung der ersten Etappe ist nur gerade die Entwicklung der erneuerbaren Fernwärme und -kälte aufgeführt. Für weitergehende Massnahmen würden die rechtlichen Grundlagen fehlen. Damit man Ziele erreichen kann, braucht es klare Anträge und allenfalls auch klare Aufträge seitens der Regierung. Es darf nicht sein, dass Millionen Franken in Planungen investiert werden, deren Umsetzung dann aber schwierig bis nicht ausführbar ist.

Ich vermisse in dieser Vorlage z. B. ein klares Bekenntnis zu einer unserer erneuerbaren Hauptressource im Kanton Graubünden, nämlich der Ressource Wald/Holz, die sehr nachhaltig noch vermehrt als Speicher von CO₂, als Baumaterial mit steigender Nachfrage und als Energieerzeuger eingesetzt werden kann und schon heute eingesetzt wird. Für das Klimaziel, aber auch für gezielte interkantonale Wertschöpfung soll der Wald und das daraus resultierende Bau- und Energieholz vermehrt genutzt werden. Im Kanton Graubünden wächst jährlich eine Million Kubikmeter Holz nach. Genutzt werden zirka 350 000 Kubikmeter Holz. Der Anteil an Energieholz beträgt 137 Kubikmeter Holz, Tendenz klar steigend. Und wir haben es in der Botschaft gelesen. Verschiedentlich wird auf die Vorzüge des Holzes hingewiesen, sei es bei der Gebäudesanierung oder z. B. auch als Energielieferant bei Fernheizwerken mit Schnitzelfeuerung, die zu fördern und zu unterstützen sind. Aber man weiss wohl nicht wo und nicht wie.

650 000 Kubikmeter Holz beträgt die Zunahme an Stammholz im Wald pro Jahr. Die Zunahme der Holzreserve führt seit Jahrzehnten zwangsläufig zu einem überalterten Wald, der die Funktion in der Biodiversität nicht mehr wahrnehmen kann. Die Schutzfunktion des Waldes

leidet und die Anfälligkeit auf Wettereinflüsse wie die Klimaerwärmung nimmt rasant zu. Der Wald ist anfällig auf Schädlinge und dem Klimawandel vermag die Fichte in den tieferen Lagen des Kantons Graubünden nicht mehr zu trotzen. Sie sehen, die Probleme häufen sich, und die daraus resultierenden hohen jährlichen Folgekosten für die Öffentlichkeit nehmen markant zu, und die eine oder andere nachfolgende Generation wird dann die Rechnung für unser Verhalten zu begleichen haben.

Mit dem AGD ist die Zeit reif, Weichen zu stellen, denn der Wald bindet mittels Photosynthese Kohlenstoff, nämlich zirka 300 000 Tonnen pro Jahr. Je mehr einheimisches Holz genutzt und verbautes Holz verwendet wird, umso besser ist die Speicherung und Einlagerung von CO₂. Verfault das Holz im Wald, gibt es CO₂ an die Atmosphäre frei. Das neu wachsende Holz speichert aber wieder zusätzlich CO₂ und bei der Verbrennung wird bei CO₂-neutralem Verhalten Wärme und, in Graubünden leider nicht, Strom erzeugt. Es wäre ein Leichtes, bei grösseren Holzfernheizwerken auch Winterstrom zu erzeugen. Jetzt besteht eine einmalige und grosse Chance, den Wald und das Holz, das in Graubünden in übergrosser Menge vorhanden ist und ohne dass Sie sich Sorge machen müssen auch weiterhin in grossen Mengen nachwächst, zur Minderung des CO₂-Ausstosses und zur Speicherung von CO₂ nachhaltig zu bewirtschaften. Das Wertschöpfungspotenzial bei der Wald- und Holzwirtschaft im eigenen Kanton ist enorm, sei es bei den Vollzeitäquivalenten, aber auch bei den bestehenden Arbeitsstellen, bei Gemeinden, Forstwirtschaft, Zimmereien, Schreinereien und in der Holzenergiegewinnung. Und ich kann Ihnen versichern: Die Branche hat bis heute schon viel unternommen und wird es auch in den nächsten Jahrzehnten weitermachen.

Ich musste Ihnen diese Vorzüge, die unser heimischer Rohstoff Holz zu bieten hat, hier darlegen, denn ich habe nach der Kenntnisnahme des Zwischenberichtes zum Green Deal in Graubünden das Gefühl, dass es einfache, aber umsetzbare, und zwar in naher Zeit umsetzbare Massnahmen gibt, diese aber links liegen bleiben oder gar nicht berücksichtigt werden. Schauen wir beim AGD auch einmal bewusst für den Kanton und für uns. Machen wir keine Minestrone, wie die umliegenden Kantone, wie es Kollege Della Cà anspricht. Investieren wir gezielt und nachhaltig im Kanton Graubünden zum Nutzen der CO₂-Bilanz. Die damit erzielte Wertschöpfung bleibt im Kanton und zusätzliche Steuerabgaben, die meiner Meinung nicht anfallen dürfen, sind dann auch vom Tisch. Ich bin für Eintreten.

Koch: Im Juni 2019 haben Sie die Grundlagen für den vorliegenden Bericht gelegt, dies entgegen dem Willen der SVP-Fraktion und einiger weniger Ratsmitglieder. Ich erlaube mir, die aktuelle positive Hysterie etwas zu stoppen und allenfalls ein paar kritische Gedanken zu vier Punkten mit auf den Weg zu geben.

Vorweg, wir gehören immer noch keinesfalls zur Kategorie der Klimaskeptiker, sind jedoch der Überzeugung oder sind der Überzeugung, dass es den Klimawandel gibt, dieser Massnahmen benötigt, aber nicht unbedingt in der vorliegenden Form.

Ich habe Ihnen einleitend eben vier Punkte erwähnt. Erstens: Die Wirkung im Ziel und das Vertrauen in die Politik. Zweitens: Die Finanzpolitik. Drittens: Der Zeitpunkt. Und viertens: Die uns vorliegenden Grundlagen. Zu erstens, der Wirkung im Ziel und das Vertrauen in uns: Schauen Sie, die naheliegendste Art und Weise, Emissionen zu senken, wäre der absolute Verzicht. Dies ist uns klar, in absehbarer Zeit wird dies nicht möglich sein. Kollege Hohl hat uns dies auch ausgeführt. Es wird auch kaum erstrebenswert sein. Es verkennt eben, dass der Gebrauch von Energie das Rückgrat jeglicher Zivilisation ist. Ein Verzicht auf diese Energie ist daher eben nicht erstrebenswert. Freiwilliger Verzicht, und hier müssten wir ansetzen, benötigt eben immer auch eine Ideologie und eine Überzeugung. In einer wohlstandsgesättigten Gesellschaft kann die Forderung nach diesem Verzicht eine faszinierende Option darstellen. Genau mit diesem Effekt wird heute vor allem gegenüber der Klimajugend gespielt, denn heute ist diese Ideologie in unserer Gesellschaft vielfach vorhanden. Aber es ist auch klar, in einer Generation, die nie materiell auf etwas verzichten musste und materiell auch nichts vermisst, haben eben solche politischen Ideen durchaus Charme. Aber sie werden damit schlussendlich ihre Wirkung im Ziel längerfristig nicht erreichen. Und hier doch noch ein kurzer Exkurs oder ein Beispiel auch zur Digitalisierung und zum Verzicht an Kollege Hohl. Die Pflege eines durchschnittlichen Facebook-Profiles benötigt in etwa so viel Energie wie die Herstellung von zwölf Latte Macchiatos. Damit könnten wir beide vielleicht noch leben. Aber es benötigt eben auch so viel Energie wie die Herstellung von 36 Gläsern Wein. Und nun kommen wir wohl beide in den Clinch. Ich meine: Verzicht, kein Deal.

Und hier komme ich zum zweiten Punkt, die Finanzpolitik. Wir haben es bereits in den vorgängigen Meldungen vernommen. Wir dürfen nicht an unseren finanzpolitischen Richtwerten rütteln, da dies das Fundament unserer stabilen Kantonsfinanzen seit Jahren war und auch bleiben wird. Wir gehen bewusst, so hat es zumindest die Regierung in ihrer Antwort im Juli 2019 geschrieben, hier an unsere Grenzen. Sie schrieb damals nämlich: «Die für den Kanton resultierenden Mehrkosten sind in der Finanzplanung nicht enthalten.» Hier zuerst meine konkrete Nachfrage zuhanden der Regierung: Sehen Sie dies nach wie vor so, oder haben Sie, obwohl die Beiträge sich nun eigentlich genau in der Grössenordnung bewegen, die Sie uns damals vorgestellt haben, Ihre Meinung geändert? Wir haben hier nun den Massnahmenplan in einem ersten Teil vorliegen. Und nun kommen wir zu zwei möglichen Varianten. Variante A: Diese Massnahmen werden zerpfückt, und wir haben schlussendlich eben wieder keine Wirkung im Ziel. Oder Sie werden die Massnahmen dann, Variante B, auf Teufel komm raus durchdrücken und aufgrund des aktuellen Drucks, den wir allenfalls erleben, diese schlussendlich auch genehmigen. Und hier appelliere ich aber wirklich an die finanzielle und politische Verantwortung. Wir haben dies mehrfach gehört. Wir haben diese für unseren Kanton zu tragen. Wir haben beschränkte Mittel und wir müssen diese eben möglichst zielgerichtet in den nächs-

ten Jahren einsetzen. Auch hier unserer Meinung nach eben zu wenig Deal.

Zu Punkt drei, der Zeitpunkt. Wir hatten mit der Teilrevision des Energiegesetzes Ende 2017 begonnen. Die Konsolidierung dieser Vernehmlassungsantworten war damals auch in der Kommission nicht einfach und die Streubreite war enorm gross. Wir haben nun ein neues Energiegesetz, welches in die richtige Richtung geht. Das zeigt uns eben auch die Grafik auf Seite 292 der Botschaft. Kollege Sax hat noch auf einen zeitlichen Aspekt hingewiesen, das Datum des Berichts und dessen Erscheinungsdatum genau nach dem Ablehnen des CO₂-Gesetzes auf Bundesebene. Und hier teilen wir, Kollege Sax, Ihre Meinung eben nicht, dass zu diesem Zeitpunkt der Bericht nicht zurück an den Absender hätte müssen und doch nochmals einer genauen Analyse unterzogen hätte werden müssen. Viele der Beispiele und Voten, welche wir in den letzten Stunden gehört haben, bauen eigentlich eben genau auf dem Energiegesetz auf und benötigen eigentlich inhaltlich auch keinen Green Deal.

Und nun noch zu Punkt vier, die Grundlagen, welche dem Bericht zugrunde liegen. Wir sind der Überzeugung, dass diesem falsche Grundlagen als Basis herbeigezogen wurden. Insbesondere stört uns hierbei das Territorialprinzip. Im Bereich des Klimaschutzes und insbesondere für die Berechnung der Treibhausgasemissionen wird nun das Territorialprinzip brutal zum Nachteil des Kantons Graubünden angewendet. Es besagt in diesem Fall, dass nur die Emissionen, die im Kanton entstehen, ins Emissionskataster aufgenommen werden. Es bedeutet, dass die importierten Emissionen, die z. B. durch Transitverkehr entstehen, nicht berücksichtigt werden, was auch richtig ist. Das Prinzip gilt zwar für alle Kantone, doch weil die Treibhausgasemissionen pro Kopf gerechnet werden, werden wir Gebirgskantone eben besonders stark benachteiligt, weil die Emissionen sich auf eine verhältnismässig kleine Bevölkerung verteilen. Da der Kanton Graubünden eine der kleinsten Bevölkerungszahlen der Schweiz aufweist, verteilt sich diese eben auf die gut 200 000 Einwohner, die nun für die Emissionen für Industrie, Tourismus und Reisen aufkommen sollen. Das ist nicht nur inakzeptabel, sondern stellt eben einen gravierenden Nachteil für den Kanton Graubünden dar. Hier darf dieses Prinzip doch nicht so eifrig und unkritisch übernommen werden.

Es braucht eine andere Berechnungsmethode, die die Treibhausgasemission besser abbildet. So können sich die Gemeinden im Rheintal kaum erlauben, für ihre Industrie, wir haben ein Beispiel von Kollege Kappeler gehört, einzelne weitergehende Massnahmen zu bestimmen, respektive sie werden dadurch keinesfalls weniger vom Klimawandel spüren. Die Umweltschutznormen für die Industrie werden auch nicht durch den Kanton oder die Gemeinden erlassen, sondern der Bund ist dafür zuständig. Also, wenn sie sich nicht wehrt, bleibt der Bündner Bevölkerung nur für den unverhältnismässigen Ausstoss des Zementwerkes zu zahlen oder eben schlussendlich die Anlage schliessen zu lassen. Was dies bedeutet, werden wir Ihnen nachfolgend noch gerne ausführen. Deshalb darf das Territorialprinzip wie gesagt nicht einfach so übernommen werden.

Ein zweites Beispiel, das Beispiel von Kollege Kappeler: Die GEVAG. Sie hat 2020 48 450 Tonnen Abfall erhalten. Das entspricht dem Abfallaufkommen des Kantons Graubünden. Neben den Bündner Abfällen werden aber eben auch über 16 000 Tonnen ausserkantonale Abfälle verbrannt. In dieser Menge sind Abfälle aus dem Vorarlberg, aus Italien, aus Süddeutschland enthalten. Ebenfalls werden im Zuge eines thermischen Verbunds mit Aushilfsleistungen über 2000 Tonnen entgegengenommen. Auch für diese Leistungen hat schlussendlich die Bündner Bevölkerung den CO₂-Ausstoss jetzt zu tragen. Sie werden jetzt sagen, genau, so ist es mit allen Schwellenländern eben auch, die unsere iPhones, iPads, Kleider und sonstigen Verbrauchsgüter herstellen. Und genau hier sind wir eben wieder am Anfang. Jeder von uns hat es mit seinem persönlichen Verzicht selbst in der Hand, jeder und jede, und eben nur mit aktivem Verzicht. Anders werden wir nie zu einer Lösung kommen, und dann können wir vielleicht auch einen Deal machen.

Aber der vorliegende Zwischenbericht ist nach Auffassung der SVP-Fraktion zu wenig Deal. Wir sind für Eintreten, da wir Handlungsbedarf sehen, werden jedoch einen Rückweisungsantrag stellen, damit die Regierung die Chance hat, uns einen besseren, abgestimmten Deal, welcher mehr ermöglicht und weniger verhindert und auf sauberen Grundlagen basiert, zu präsentieren.

Und dann noch zwei Punkte zu Kollege Cramer: Sehen Sie, Herr Cramer, Verzicht wäre eben gefragt. Doch Sie möchten unbeschränkt von Chur nach St. Moritz telefonieren und im WLAN in der RhB surfen können. Eben genau da beginnt der Verzicht, und genau da müssen wir uns hinterfragen: Muss das sein?

Und dann noch zum Antrag auf Nichteintreten. Ich habe es Ihnen ausgeführt. Es handelt sich nicht um einen SVP-Antrag, sondern um den Antrag unseres Vertreters in der Kommission. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten, wird aber zurückweisen.

Grass: Dass Massnahmen zum Klimaschutz notwendig sind und der Ausstoss von CO₂ und Treibhausgasen reduziert werden muss, stelle ich nicht in Frage. Jedoch was die Finanzierung des Aktionsplans Green Deal betrifft, wird hier ein falscher Ansatz gewählt. Die Massnahmen sind durch Mittel aus der allgemeinen Staatskasse zu finanzieren und nicht, wie vorgeschlagen, durch zusätzliche Steuern und Abgaben. Trotz Ablehnung des CO₂-Gesetzes im Juni dieses Jahres wählt die Regierung dasselbe Finanzierungsmodell. Dies erstaunt, und deshalb ist die Vorlage an den Absender zur Überarbeitung zurückzuweisen.

Gerade die Randregionen und Berggebiete werden mit der vorgesehenen Finanzierung stark benachteiligt, denn je weiter entfernt sie von den Zentren entfernt wohnen, desto dünner wird das ÖV-Angebot, heisst, Bewohnerinnen und Bewohner sind, um mobil zu sein, auf ein Auto angewiesen, denn auch Mobility-Angebote fehlen in der Peripherie. Weiter ist zu beachten, dass die Arbeitswege und die Strecken zur Beschaffung der Mittel für den täglichen Bedarf in den Bergen weiter sind als jene der Stadtbevölkerung. In den alpinen Regionen fallen auch die Heizkosten eh schon höher aus und verteuern sich zusätzlich, wenn weitere Abgaben auf Heizöl anfallen.

Einige von ihnen werden jetzt versucht sein, mir zu erwidern und erklären, dass mit einer energetischen Gebäudesanierung, Umstellung auf eine Holzheizung und dem Kauf eines Elektroautos zusätzliche Abgaben umgangen werden können. Das mag in der Theorie stimmen, aber die Realität sieht oft anders aus, denn nicht selten fehlen die finanziellen Mittel, um die notwendigen Investitionen tätigen zu können.

Der AGD fordert mehr Elektromobilität und Heizsysteme, die oftmals nur stromunterstützt laufen. Dieser Mehrbedarf an elektrischer Energie soll mittels erneuerbaren Energien und Förderung der Winterstromproduktion sichergestellt werden. Ich kann Ihnen aber versichern, dass dieser grosse Mehrbedarf nicht sichergestellt werden kann, wenn Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, nicht bereit sind, beim Schutz von Landschaft und Bauten Abstriche zu machen. Und da möchte ich dann schon sehen, wie weit Sie gehen werden bei den bevorstehenden Gesetzesrevisionen. Zudem spielt bei der Versorgungssicherheit, die heute schon nicht ohne Importe auskommt, eine grosse Unsicherheit. Verschärft wird die Lage zusätzlich ab dem Jahre 2025, wenn es nicht gelingen sollte, das Stromabkommen mit der EU mittels eines neuen Vertrags zu erneuern.

Und jetzt wollen Sie, liebe Befürworterinnen und Befürworter des AGD, vermehrt auf elektrische Energie setzen, obschon jetzt schon klar ist, dass dies zu Engpässen führen wird. Das ist nicht ehrliche Politik, und daher braucht es dringend weitere Abklärungen und eine neue Vorlage Green Deal, bevor wir hier in eine falsche Richtung marschieren.

Als aktiver Landwirt möchte ich noch ein paar Worte zur Landwirtschaft verlieren. Die Landwirtschaft wird oft als Klimakiller dargestellt, obwohl sie bestrebt ist, umweltschonende Lebensmittel unter Einhaltung bester Tierhaltungsbedingungen zu produzieren. Der Kanton Graubünden nimmt hier mit dem Projekt klimaneutrale Landwirtschaft, welches mit 50 Betrieben bereits gestartet ist, eine Vorreiterrolle ein. Auch wenn Sie in der Folge die Vorlage des Aktionsplans Green Deal zurückweisen, wird dieses Projekt bis 2025 weitergeführt, da dieses Projekt bereits durch die Regierung genehmigt wurde und im Regierungsprogramm 2021 bis 2024 unter dem ES 8.3 aufgeführt ist. Ab 2026 sollen die Massnahmen aus den gewonnenen Erkenntnissen auf allen Bündner Landwirtschaftsbetrieben weitergeführt werden. Dazu braucht es dann einen überarbeiteten Aktionsplan Green Deal, aber dafür bleibt ja noch genügend Zeit. Sie sehen, die Bündner Landwirtschaft ist bereit, ihren Beitrag zum Klimaschutz und der Verminderung der Klimaerwärmung zu leisten, da gerade im Bereich Landwirtschaft, wie auf Seite 307 der Botschaft dargestellt, sich mit einem finanziellen Aufwand von 240 Millionen Franken eine kumulierte Wirkung von 64 Prozent mit der Reduktion von 4,26 Millionen Tonnen CO₂ erzielen lässt.

Und diese Massnahmen stellen ein sehr gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis dar. Ob dieser Wert wirklich erzielt werden kann, ist allerdings mit Fragezeichen verbunden. Um eine Reduktion der Treibhausgase zu erreichen, werden Abstriche bei den Tierhaltungsbedingungen notwendig. Doch im Interesse des Tierwohls werden

solche kaum in Frage kommen. Zudem ist Graubünden als Grünlandkanton bekannt, und nur ein geringer Teil der Fläche ist ackerfähiges Land. Das heisst, dass eine Reduktion der Tierbestände nicht in Frage kommt, da die Tiere notwendig sind, um unsere alpine Kulturlandschaft zu bewirtschaften und zu erhalten, denn vergessen wir nicht, dass unsere Kulturlandschaft nicht das Resultat der Natur, sondern jahrhundertelanger Bewirtschaftung ist und Lebens- und Erholungsraum für unsere Bevölkerung bietet. Zudem ist eine geringere Inlandproduktion von Lebensmitteln nicht zielführend, da sonst mehr Importe getätigt werden müssten. Diese würden zusätzlichen Ausstoss von CO₂ bedeuten und die Emissionen der Produktion fallen einfach im Ausland an. Aber um die Klimaerwärmung zu reduzieren, sind der Ausstoss von CO₂ und Treibhausgasen weltweit zu reduzieren. Das heisst nicht, dass wir in der Schweiz und in Graubünden weitermachen können wie bis anhin, und uns auch bewegen müssen. Wer aber glaubt, Graubünden kann alleine den Klimawandel stoppen, der liegt falsch.

Ich bitte Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, treten Sie auf die Vorlage ein, aber unterstützen Sie den Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion, damit die Regierung die Möglichkeit hat, eine angepasste Vorlage vorzulegen. Und hier geht mein Anruf insbesondere an die Fraktion der FDP. Die Fraktionspräsidentin stellt schon beim Eintreten viele Fragen und fordert diverse Abklärungen. Das ist nicht seriöse Politik, denn selbst für die Bündner Regierung reicht eine Nacht nicht aus, um umfassende und verbindliche Antworten zu liefern. Deshalb sage ich es noch einmal: Treten Sie wie die SVP-Fraktion auf die Vorlage ein, folgen Sie aber dem Rückweisungsantrag.

Maissen: Kürzlich haben wir in der Verwaltung der Gemeinde Ilanz/Glion einen Workshop durchgeführt, und wir haben zusammengetragen, was die Folgen der Klimaerwärmungen für Auswirkungen haben auf die Gemeinde, sowohl auf der Seite der Risiken, aber auch auf der Seite der Chancen. Am Schluss des Morgens haben wir mit viel Ernüchterung festgestellt, 90 Prozent der aufgeführten Punkte sind Risiken mit zum Teil ziemlich kostspieligen Folgen, z. B. mehr Schäden im Wald und eine abnehmende Schutzfunktion, mehr Kosten für den Strassenunterhalt wegen zunehmenden Starkniederschlägen. Es gibt eine Überlastung des Abwassersystems bei eben solchen Starkniederschlägen. Wasserquellen können versiegen nach Trockenperioden. Es gibt zunehmend Nutzungskonflikte um das Wasser zwischen der Landwirtschaft, Privaten, der Industrie, Wasserkraft, dem Bedarf nach Löschwasser für die Feuerwehr, die mehr Waldbrände löschen muss. Es gibt höhere Gesundheitskosten und eine sinkende Arbeitsproduktivität aufgrund der Hitze. Das waren die Erkenntnisse dieses Morgens, und es sind nur wenige Beispiele der Folgen aus einer doch einigermaßen eingeschränkten Perspektive einer einzelnen Gemeinde.

Ich würde meinen, der Katalog für die gesamte Volkswirtschaft ist noch viel länger. Es ist für mich offensichtlich: Die wirtschaftlichen Kosten des Nichthandelns sind weit grösser als jene des Handelns. Eine genaue Abschätzung zu den Kosten ist sicher sehr schwierig, aber

es gibt verschiedene Ökonomen, die das schon versucht haben, und sie kommen alle zum Schluss, dass ein ungebremster Klimawandel das jährliche globale BIP zwischen fünf und 20 Prozent reduziert. Die Kosten aber für eine Stabilisierung der Erderwärmung von 2°C liegen bei nur rund zwei Prozent des globalen BIP pro Jahr. Angesichts dieser eindeutigen Aussage frage ich mich, was nun wirklich genau finanzierbar und tragbar ist und was nicht. Und was genau bedeutet, hier in dieser Thematik finanzpolitische Verantwortung zu übernehmen?

Allfällige Abgaben und höhere Steuern, die beide selbstredend, da bin ich der festen Überzeugung, nur Ultima Ratio sein dürfen für zukunftsfähige Investitionen oder aber auf der anderen Seite ein Vielfaches an Folgeschäden und Folgekosten für die gesamte Volkswirtschaft? Was ist hier finanzpolitische Verantwortung?

Ich persönlich hätte eigentlich viel lieber, es gäbe einen globalen Preis für den CO₂-Ausstoss in Form von Zertifikaten. Das wäre ein viel einfacherer, transparenterer und marktnaher Mechanismus. Es bräuchte keine Abgaben und keine öffentlichen Steuermittel. Wer zu viel CO₂ ausstösst und deshalb Zertifikate kaufen müsste, hat einen Anreiz, die Emissionen zu reduzieren. Wie er das genau tut, ist ihm überlassen. Leider hat es aber, wir wissen es alle, die internationale Staatengemeinschaft verpasst, ein solches Modell schon vor Jahren einzuführen. Und ich glaube, heute ist dieses Modell nicht mehrheitsfähig. Dass es auf der internationalen und auch auf der nationalen Bühne etwas hapert mit einer mehrheitsfähigen Klimapolitik, ich glaube, das entbindet uns auf kantonaler Ebene nicht, auch einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Natürlich kann man behaupten, das wurde auch schon mehrfach gesagt hier im Rat, dass unser eigenes Verhalten, das ja ohnehin einen verschwindend kleinen Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoss hat, dass das eben keinen Unterschied macht. Aber, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, das ist die Haltung von Trittbrettfahrern. Auch Schwarzfahrer denken so und nutzen den Zug ohne Billett und überlassen die Kosten für die öV-Infrastruktur anderen. Seien wir hier keine Trittbrettfahrer und übernehmen unsere Verantwortung, damit das Allgemeingut Klima und Natur auch der kommenden Generation in einem gesunden Mass zur Verfügung stehen.

Es ist so wie beim Schutzwald, der für uns Bündnerinnen und Bündner überlebenswichtig ist. Die Bäume, die wir heute pflanzen, sind nicht unser Schutz, es ist der Schutz der Siedlungen und Menschen von morgen und übermorgen. Die Regierung hat mit einem etappierten Vorgehen einen klugen Weg eingeschlagen. Wir beschliessen heute mit der ersten Etappe jene Massnahmen, die bereits reif und umsetzbar sind. Weitere konkrete Massnahmen und den Rahmen ihrer Umsetzung werden wir dann diskutieren, wenn sie ausgearbeitet sind. Die Kommission hat ebenfalls gute Arbeit geleistet, und die Mehrheit hat dort noch Verbesserungen eingebracht, wo es nötig war.

Ich möchte hier nochmals betonen, kluger Klimaschutz geht nicht auf Kosten von Wohlstand und Arbeitsplätzen. Denn ein System, auch ein Marktsystem, das die Kosten und Ressourcen für seine eigene Zukunft nicht

berücksichtigt, ist meiner Meinung nach nicht überlebensfähig. Insofern ist eben der Green Deal doch tatsächlich ein guter Deal. Denn die Zukunftsfähigkeit von Unternehmen wird sich immer mehr daran messen, inwiefern sie es schaffen, ihre Ressourcen nachhaltiger einzusetzen. Das gilt auch für eine GEVAG, wie es deren Präsident Kollege Kappeler vorhin ausgeführt hat. Und Theorien darüber, ob das Territorialprinzip zur Statistik des CO₂-Ausstosses nun genau richtig oder nicht ist, das sind vielleicht interessante Diskussionsbeiträge, aber nicht relevant für die Reduktion des CO₂-Ausstosses. Ich bin überzeugt, es ist eine Chance, gerade auch für unsere Bündner Unternehmen, weg von einem linearen Wirtschaften zu kommen und verstärkt in Wirtschaftskreisläufen zu denken. Das heisst eben, auf weniger, dafür langlebigeres Material zu setzen, weniger Transporte zu generieren, sodass weniger Ressourcen, weniger Finanzmittel gebraucht werden und mehr Ressourcenmaterialien wieder zurück in den Materialkreislauf kommen.

Das bislang noch wenig standardisierte Konzept der Kreislaufwirtschaft hat grosses Potenzial, gerade auch in Bereichen, die für die Bündner Wirtschaft relevant sind, z. B. bei Bauprozessen, in der Logistik, in der Mobilität, sei es im öV oder auch im Individualverkehr, in der Ernährungswirtschaft und auch im Tourismus. Aber Voraussetzung dafür ist, dass man auch mehr und bessere Kenntnisse über diese Prozesse hat und die Daten dazu zur Verfügung stehen. Hier kann die Digitalisierung unterstützen, Datengrundlagen schaffen und Prozesse und Materialflüsse präziser steuern, z. B. im Stromnetz, in der Energieversorgung, wo wir nicht nur wegen der Dekarbonisierung vor grossen Herausforderungen stehen, sondern auch wegen der sich abzeichnenden Stromlücken im Winter.

Es sind Themen, z. B. Kreislaufwirtschaft oder auch der Einbezug der Digitalisierung, die ich in der Botschaft der Regierung etwas vermisse. Ebenfalls Themen, es wurden bereits angesprochen, wie Bildung und Forschung oder der Wissenstransfer oder aber auch die wichtige Frage von zentralen Möglichkeiten, um die Randregionen zu stärken. Ich hoffe sehr, dass die Regierung in einer nächsten Botschaft, die hoffentlich schon bald hier im Rat diskutiert wird, diese Themen aufgreift und vertieft. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. Es ist so. Klimaschutz, das ist wirklich kein Sonntagsspaziergang. Wir tragen aber mit unserem heutigen Tun oder eben Nichtstun, auch eine Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen. Wir werden hier uns noch mehrfach über die richtigen Massnahmen und Instrumente zur Umsetzung streiten und diskutieren, wenn dann die weiteren Etappen auf dem Tisch sind. Aber jetzt, heute, geht es darum, den Deal einzugehen und den Entwicklungsmotor zugunsten einer nachhaltigeren Bündner Wirtschaft als Standortvorteil anzuwerfen. Ich bin für Eintreten.

Wieland: Zwei Jahre durfte ich nun das Wort erteilen, und nun darf ich es auch wieder mal ergreifen, und dies werde ich heute tun. Einige von uns waren heute Mittag am Anlass des Dachverbandes der Wirtschaft anwesend, wo unter anderem die Zielvereinbarungen mit der Ener-

gieagentur der Wirtschaft thematisiert wurden. Dieses Modell funktioniert 2015, indem dass die Energieagentur mit der Wirtschaft, im speziellen mit der Hotellerie Ziele vereinbart, um Energie einzusparen. Wenn diese Ziele erreicht werden, erhalten diese Betriebe die CO₂-Abgabe zurück.

Dieses Modell funktioniert nicht nur in der Hotellerie, sondern auch in anderen Branchen, so z. B. in meiner Branche, in der grünen Branche. Der produzierende Gartenbau benötigt für die Kultur der Pflanzen sehr viel Energie. Bis zu 20 Prozent der Kosten werden durch die Ölausbildungen entstehen, und je mehr dass dort eingespart wird, um so effizienter arbeitet einerseits der Betrieb, weil er weniger Kosten hat, und andererseits, weil er die Umwelt weniger belastet. Sie sehen also, die Einsparungen nützen nicht nur dem Betrieb, weil er die CO₂-Abgabe zurückbekommt, sondern auch weil er weniger Kosten aufwendet, um die Energie zu beschaffen. Gleichzeitig aber auch bewirkt man dadurch einen hohen Klimaschutz.

Seit 2013, also noch lange bevor wir hier drin über Green Deal gesprochen haben, funktioniert dieses System, und es funktioniert bestens. Und das beweist, dass die Wirtschaft gewillt und in der Lage ist, zum Klimaschutz wesentlich beizutragen. Dieses Modell der Zielvereinbarung mit der Energieagentur der Wirtschaft zeigt eindrücklich, wie dies gehen kann. Und ich rufe die Regierung auf, nach anderen Möglichkeiten zu suchen, die auf anderer Basis ebenfalls Anreize schaffen und damit die Sparziele potenzieren und dadurch bedeutend mehr Klimaschutz betrieben werden kann. Ich möchte nicht länger werden und bin selbstverständlich für Eintreten auf die Vorlage.

Jenny: Dass man zum Klima, zur Umwelt Sorge trägt, sollte eigentlich selbstverständlich sein. Dabei verweise ich auch unter anderem auf Seite 288 und fortfolgende der Botschaft. Doch unabhängig davon gibt es noch viele andere Faktoren, welche der Mensch nicht beeinflussen kann. Ich denke da nur an den sich stets ändernden Stand der Sonnenachse. Warm- und Kaltzeiten wechseln sich über Jahrtausende ständig ab. Deshalb stellt sich die berechnete Frage, ob mit einem staatlich verordneten Massnahmenplan und damit einhergehenden horrenden Kosten das sogenannte Klima retten kann. Kaum. Es ist stets die Wirtschaft, die vorangeht, und nicht die Politik. Und diesbezüglich wurden punkto Energieeinsparung beziehungsweise Energieausstoss in den letzten Jahren und Jahrzehnten auf freiwilliger Basis enorme Fortschritte erzielt.

Was nicht passieren darf, ist, dass der Staat die Bürger mit Zwangsabgaben, Umerziehungsmethoden sowie Umverteilungsmassnahmen belastet. Damit würde gleichzeitig ein grosses Bürokratiemonster aufgebaut, und das ist ebenfalls unerwünscht. Nicht umsonst hat das Schweizer Volk die CO₂-Abgabe abgelehnt. Die Regierung schreibt in der Botschaft, und heute erwähnt dies Regierungsrat Parolini auch in der Bündner Tagespresse so, unter anderem müsse man von den Treibhausgasen im Verkehr wegkommen. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, weshalb man das nicht bereits heute im Kleinen vor der Haustüre macht. In der Bevölkerung

werde ich oft darauf angesprochen, wie es möglich sei, im Zeitalter vom sogenannten Klimawandel auf Kantonsstrassen Autorennen durchzuführen mit ätzendem Benzingestank und riesigem Lärm, oder der Benzintourismus durch das Puschlav nach Livigno.

In der kantonalen Verwaltung, sprich unter anderem beim ANU oder das zuständige DJSG, verweist man auf Worthülsen wie Nachhaltigkeitstool, Staatsverträge oder Gemeindeautonomie. Von den scheinheiligen Klimaaktivisten hat man diesbezüglich auch nichts vernommen. Das versteht die Bevölkerung nicht. Schauen Sie, dieser Aktionsplan Green Deal ist ein Wolf im Schafspelz. Und Wölfe haben wir im Kanton Graubünden bereits heute viel zu viele. Es darf und kann nicht sein, dass der Staat hier eine dominierende Rolle einnimmt. Wir werden bereits heute vom Staat auf allen drei Stufen immer mehr bevormundet und geknebelt. Deshalb bitte ich Sie höflich, auf die Botschaft nicht einzutreten. Danke.

Adank-Arioli: Eine lebenswerte Umwelt für heute und morgen. Eine intakte Umwelt bringt Lebensqualität und Wohlbefinden. Dies ist uns, der SVP-Fraktion, bewusst. Und auch im Positionspapier der SVP Schweiz so festgehalten. Daher ist es im ureigenen Interesse eines jeden, der Umwelt und damit auch unserem Umfeld Sorge zu tragen. Die SVP Graubünden lehnt den Green Deal für Graubünden nicht im Grundsatz ab und befürwortet gewisse Punkte der Massnahmenplanung.

Jedoch sind wir mit einigen Ausführungen im Bericht beziehungsweise Massnahmen der Botschaft nicht einverstanden, da sie zu unklar formuliert und deren Auswirkungen auf insbesondere die Unternehmungen nicht überprüft wurden. Während die finanziellen Mehrbelastungen für Privathaushalte in der Botschaft detailliert umschrieben werden, entsprechend klare Zahlen auch vorliegen, beschränkt man sich bezüglich Mehrbelastungen der Unternehmungen lediglich auf Seite 320 in der Botschaft auf einen kleinen Absatz und findet auch kaum Informationen. Diesen Absatz möchte ich gerne zitieren: «Vergleichbare Belastungsberechnungen wie bei den Haushalten sind für die Unternehmungen aufgrund deutlich grösserer Heterogenität in deren Aktivität schwierig vorzunehmen.»

Die Unternehmungen sind die Säulen unserer Wirtschaft und folglich die Grundpfeiler unseres Wohlstands. Wir sind der Meinung, dass die künftige Belastung genau dieser tragenden Säulen unserer Wirtschaft genauer analysiert und berechnet werden müssen. Viele Massnahmen der Botschaft sind nicht unternehmerfreundlich ausgestaltet oder werfen Unklarheiten auf. Das Nein zum Schweizer CO₂-Gesetz hat gezeigt, dass eine Vermischung von Lenkungsabgaben und Subventionen in der Bevölkerung nicht mehrheitsfähig ist. Somit muss auch im Bündner Green Deal dieses Nein der Bevölkerung berücksichtigt und eine solche Vermischung dringlich vermieden werden. Denn die über die 28 Jahre Laufzeit des Green Deals anfallenden jährlichen Kosten von 40 Millionen Schweizer Franken könnten ohne weiteres über das ordentliche Budget des Kantons finanziert werden. Dies, wenn rund 1,5 Prozent der Aufwände des Kantons eingespart und zugunsten der Finanzierung des Green Deals eingesetzt werden. Somit könnten für die

Unternehmungen Anreize geschaffen werden, anstelle dass diese mit Auflagen und Abgaben zusätzlich belastet werden. Die Schaffung von guten Rahmenbedingungen wie z. B. die Lockerung von Vorschriften und Regulierungen sowie der Einsatz von Förderbeiträgen wäre definitiv zielführender. Diese Anreize können auch mit der gezielten Senkung von Steuern und Abgaben für die Unternehmungen geschaffen werden anstelle von staatlichen Beiträgen.

Wir stimmen der Botschaft zu, dass im Grundsatz Verkehr reduziert, verlagert und die Effizienz der Transportmittel verbessert werden sollen. Aus Sicht der Unternehmungen sehen wir es aber als bedenklich an, dass eine Förderung von betrieblichem Mobilitätsmanagement angestrebt wird. Der Nutzen ist zu gering, und es dürfen diesbezüglich den Unternehmungen keine gesetzlichen Auflagen gemacht werden. Vielmehr sollten im Bereich Verkehr die Steuer- und Abgabenerleichterungen für neue Antriebssysteme geprüft werden. Anreize und nicht Auflagen schaffen muss auch hier der Grundsatz sein.

Auch im Bereich der Vergabe von Bauprojekten treten Fragezeichen auf. Gemäss Seite 302 der Botschaft sollte in Zukunft vermehrt darauf geachtet werden, dass ein hoher Anteil an recycelten oder nachwachsenden Baumaterialien verwendet wird. Bei Vergaben von Submissionsverfahren sollte diesem Aspekt gemäss Botschaft ebenfalls ein hohes Gewicht eingeräumt werden. Was dies genau für die künftigen Ausschreibungen und Bauprojekte im Detail bedeutet, ist aus Gewerbesicht ebenfalls unklar, die Konsequenzen und die daraus resultierenden Kostenfolgen für die Unternehmungen nicht abzuschätzen.

In der Botschaft fehlt uns auch eine detailliertere Massnahmenplanung im Bereich Tourismus. 27,5 Millionen Franken, zu 100 Prozent durch den Kanton finanziert, wird in die Förderung des klimaschonenden Tourismus investiert. Dies begrüssen wir. Doch welche Massnahmen und Ideen sind in dem in der Botschaft erwähnten Innovations- und Förderprogramm enthalten? Gemäss Botschaft wird die Umstellung von Gebäuden, Verkehr oder Bergbahnen auf erneuerbare Energien gefördert. Wie der Kanton und auch welche Akteure er damit unterstützen möchte, klimaneutral zu werden, ist nicht herauszulesen.

Wir sind der Meinung, dass die Eigenverantwortung im Handeln und Wirken sowie die Erkenntnisse von Wissenschaft und Forschung praxisnah umgesetzt und gefördert werden sollen. Die Augen vor einem Aktionsplan zugunsten des Klimaschutzes komplett zu verschliessen, ist nicht die Ansicht der SVP Graubünden. Aber den vorliegenden Aktionsplan der Etappe I des Green Deals können wir im Ganzen so nicht für gut befinden. Somit treten wir, die SVP-Fraktion, auf die uns vorliegende Botschaft ein, weisen sie aber zur Überarbeitung und Klärung der noch vielen offenen Fragen zurück.

Pfäffli: Wir stehen in der Eintretensdebatte zum ersten Zwischenbericht zum Green Deal im Kanton Graubünden. Es ist aus meiner Sicht eine der richtungweisendsten Debatten, die wir nicht nur in dieser Legislatur, sondern in diesem Jahrzehnt führen. Nun kann man die

Richtung so einschlagen, dass man Graubünden in den Gesamtzusammenhang mit der Schweiz, mit Europa oder gar der Welt stellt und so zum Schluss kommt, dass man im Zusammenhang mit dem Green Deal keine oder wenig Verantwortung übernehmen muss. Man kann aber auch eine andere Richtung einschlagen, indem man sich den Green Deal verinnerlicht. Indem man sich identifiziert mit dem Planet Erde, dem Planeten, der bis jetzt meines Wissens der einzige im Weltraum ist, der Leben geschaffen und Leben ermöglicht hat, und der das auch in Zukunft so handhaben sollte.

Die Regierung hat diese Identifikation und diese Verinnerlichung mit ihrem Bericht nachvollzogen. Dafür danke ich der Regierung. Es entspricht auch meiner Meinung. In der Detaildebatte müssen wir uns noch über das Abschieben von Verantwortung in ein dichtes Netz von Gesetzen unterhalten. Wir müssen uns auch darüber unterhalten, ob das Erkaufen eines guten Gewissens durch das blosses Sprechen von Mitteln Genüge getan wird. Und wir müssen uns auch darüber unterhalten, ob der Green Deal am Schluss nicht zu bürokratisch ausgestaltet ist. Input und Output müssen unbedingt im Gleichgewicht stehen.

Diese Identifikation und Verinnerlichung möchte ich eigentlich auch gerne von der Bündner Wirtschaft hören, den entsprechenden Verbänden der Bündner Wirtschaft und den einzelnen Unternehmen im Kanton Graubünden. Ich bin der Ansicht, dass der Green Deal für Graubünden eine riesen Chance darstellt. Wir erleben momentan eine Pandemie. Diese Pandemie hat einen Sektor extrem durcheinandergeschüttelt. Es ist der Tourismus. Die Segmente werden momentan wieder neu zusammengesetzt. Ich mache mir keine Illusionen: Die grossen Segmente des Billigfliegens, der Kreuzfahrtschiffe etc., die werden ihren Punkt und ihre Position wiederfinden. Aber ein Segment, das ist besonders wertvoll. Es ermöglicht Wertschöpfung. Und das ist jenes Segment der Leute, die begriffen haben, dass Verantwortung, Klimabewusstsein, Nachhaltigkeit durchaus Qualitäten haben.

Per Zufall wurde in der letzten Woche bekannt, dass mein Wohnort als erster Ort im Kanton Graubünden das Label Energiestadt Gold-Level erreicht hat. Ich freue mich sehr über dieses Label. Es zeigt ganz klar, dass es möglich ist, Internationalität, Mobilität, Qualität mit Klimaneutralität, mit Nachhaltigkeit in Einklang zu bringen. Und dies nicht nur als Willenskundgebung, sondern aufgrund der Tatsache, dass man das Label erreicht hat, auch indem man bewusst und gewillt Massnahmen ergreifen will. In diesem Sinn bin ich ganz klar für Eintreten und freue mich auf die Detaildebatte.

Engler: Dass wir auf unsere Umwelt mehr Rücksicht nehmen müssen, ist wohl fast allen hier im Saal nicht erst seit der Überweisung des Auftrages zum Green Deal klar. Die grundsätzliche Stossrichtung der Vorlage zum Green Deal ist für mich sehr ausgewogen und kann unter Berücksichtigung aller Vorgaben und Hindernisse auch bis 2050 nur mit vollem Einsatz von allen erreicht werden. Eine von grüner Seite geforderte Netto-Null-Lösung bis 2040 ist nicht realistisch und auch nicht machbar, wie nicht umsetzbar. Und so kann ich auch einer Rückweisung nicht zustimmen, da wir so wiederum sehr viel Zeit

verlieren würden. Denn bereits die Ziele bis 2050 sind sehr ambitioniert und werden nur dann erreicht, wenn alle zusammen, d. h. neben der Politik die Wirtschaft und vor allem sämtliche Verbände und Interessensgruppen am gleichen Strick ziehen und zusammen die besten Lösungen finden.

Dabei muss einfach auch wieder einmal erwähnt werden, dass sehr viele Betriebe und Initianten schon seit Jahren die verschiedensten Ideen im Bereich der erneuerbaren Energien hatten, um eine nachhaltige Nutzung im Kanton zu erreichen. Nur kommen dann leider, wie ich es selber schon erlebt habe, immer wieder Einsprachen, welche vor allem von Seiten Verbänden geschehen, um alles zu verzögern oder gar zu verhindern. Wir können nicht auf einer Seite alles daransetzen, dass wir auf erneuerbare Energien umsteigen, dann aber diverse Solar- oder Windkraftwerke sowie die Erhöhung oder der Zusatznutzen von und an bestehenden Staumauern verhindern, sei es aus Gründen des Natur- und Heimat- oder Tierschutzes, der Sichtbarkeit in der Landschaft oder mit welchen Auflagen auch immer. Ich sehe keinen Freipass für alle Projekte, erwarte aber hier von allen Verbänden und Interessensgruppen, dass sie eine ehrliche Abwägung von Nutzen und ihren eigenen Interessen vornehmen, bevor einfach aus ideologischen Gründen dies um alles in der Welt verhindert wird, denn solche Einsprachen und Beschwerden werden uns nie helfen, dass wir die Ziele bis 2050 erreichen.

Vieles wurde bereits gesagt, und so verzichte ich auf meine Aussagen zu einer nicht akzeptablen Steuererhöhung oder einem Aufblähen der Verwaltung durch Green Deal. Zu Handen der Regierung habe ich aber noch eine Bitte im Bereich der Mobilität. Für mich ist für den motorisierten Verkehr, Personenverkehr und Materialtransporte sowie auch Spezialfahrzeuge wie z. B. Pistenmaschinen der Wasserstoffantrieb der effizienteste und für die Umwelt auch der am wenigsten schädliche. Hier könnten wir die Energie für alle Fahrzeuge sogar in unserem Kanton herstellen und ohne grosse Wege auch gleich wieder nutzen. Kollege Kappeler hat dies bereits angetönt. Für mich ist der Betrag, welcher in der Vorlage für solche alternativen Energien eingesetzt wird, viel zu tief. Und so bitte ich Sie, geschätzter Regierungsrat, hier nochmals über die Bücher zu gehen. Gerade in diesem Bereich könnte unser Kanton eine Pionierrolle in der Schweiz übernehmen. Im österreichischen Zillertal z. B. ist man hier schon sehr weit. Und so wird in absehbarer Zeit der gesamte öffentliche Verkehr, Eisenbahn und Busse, mit einem entsprechend ausgebauten System von Wasserstofftankstellen versorgt und die Fahrzeuge dementsprechend ersetzt. Ja, man geht sogar so weit, dass man die Wintersportanbieter miteinbezieht und auch Pistenfahrzeuge für Loipen und Alpinpisten damit versorgen möchte. Die Industrie in diesem Bereich wäre mit ersten Fahrzeugen bereit, nun ist aber die Anschaffung von Tankanlagen die grosse Knacknuss für die Betreiber von grösseren Fahrzeugen. Hier sehe ich den Kanton als Investor für die Zukunft, um mit den entsprechenden Anreizen Firmen zum Umsteigen von Fahrzeugen mit fossilem Treibstoff auf Fahrzeuge mit Wasserstoffantrieb zu bewegen.

Holzinger-Loretz: Es wurde sehr viel gesagt. Mein Nachbar hat mir aus dem Herzen gesprochen. Wir müssen unserer Erde Sorge tragen. Es ist mir ein wichtiges Anliegen, dass die Gelder, die wir sprechen und die Absichten, die wir äussern, aber vor allem die Gelder, dort eingesetzt werden, wo sie Wirkung im Ziel haben und nicht in Bürokratie.

Ich möchte Ihnen gerne ein Praxisbeispiel von heute erzählen. Wir fördern Heizungen, Ölheizung kommt raus, eine Wärmepumpe kommt rein. Dies wird mit einem Betrag gefördert. Dazu braucht es ein Zertifikat. Man bezahlt für das Zertifikat. Es wird gerade zum Ausfüllen für diesen Antrag auf das Zertifikat schon beinahe ein Kurs verlangt, es ist so kompliziert. Dann muss dieser Antrag laufen. Parallel muss der Antrag laufen beim Kanton für die Unterstützung, dann, wenn die Arbeit ausgeführt wird, muss man wieder alles belegen, an die Zertifikatsstelle senden. Dann kommt das Zertifikat, wenn der Eigentümer bezahlt hat, und dann kann man alles dem Kanton einsenden, und dann fliessen die Gelder.

Jetzt können Sie sich vorstellen, in der heutigen Praxis bleibt etwa ein Drittel der Fördergelder in der Bürokratie und Zertifizierung hängen, und das ist eindeutig zu viel. Und ich möchte darum bitten, die Bewilligungsverfahren und die Kontrollen zu vereinfachen. Sonst laufen wir Gefahr, dass wir eine Riesenverwaltung aufbauen. Wenn wir jetzt all die Massnahmen treffen, die zu treffen sind, wird das eine Flut an neuen Gesuchen geben. Und wenn wir genauso weitermachen wie jetzt, dann haben wir eine Riesenbürokratie und verlieren sehr viel unserer Gelder, die wir sehr viel wirksamer einsetzen können als in die Bürokratie.

Und zum Schluss noch etwas Kleines zum Nachdenken: Wir haben sehr viel gehört, aber etwas haben wir sehr wenig gehört, und das ist ein Wort, das man nicht so gerne hört, man verschiebt es vielleicht lieber auf die anderen, die sollen machen, die sollen etwas erreichen. Es geht um Verzicht, und es geht um Überdenken der eigenen Ansprüche. Ich bin für Eintreten und freue mich auf die Debatte.

Kappeler: Nur ein kurzer Kommentar zum Votum von Kollege Koch. Da handelt es sich wohl um ein Missverständnis, vielleicht ein Missverständnis der Verbände, zum standortgebundenen Abfall der Produktion. Also tatsächlich ist es so, von den Abfallverbänden kommen, vom Kanton Graubünden, kamen im Jahresbericht 2020, Seite 8, knapp 50 000 Tonnen aus dem Kanton. Neu ab 1. Januar 2021 kommt noch das Oberengadin, der ABVO dazu. Zusätzlich aus dem Kanton etwa 10 000 Tonnen Biomasse Grüngut und aus Industrie, Gewerbe und von Privaten, die dürfen bei uns auch anliefern, nochmals knapp 40 000 Tonnen. Der Rest tatsächlich ist ausserkantonaler Abfall, aber der beruht primär auf Abmachungen, wenn z. B. eine Firma eine Ofenrevision vornimmt, dann hilft man sich eben gegenseitig aus unter KVA's, und so wird es auch bei uns passieren, wenn wir beispielsweise drei Monate eine Ofenlinie stilllegen, dann exportieren wir zwangsläufig etwa 20 000 Tonnen Abfall.

Müller (Susch): Ich möchte die Debatte nicht unnötig verlängern, aber ich möchte doch noch etwas sagen. Was heisst Green Deal? Ich habe heute schon mehrmals gehört, dass wir einen ausgewogenen Deal wollen. Das wollen wir alle. Es wurde auch verschiedentlich gesagt, dass es Gesetzesrevisionen braucht. Ja, diese sind notwendig. Der Aktionsplan und die entsprechende Botschaft wird mit einer ganzen Palette an Fremdänderungen versehen sein. Das heisst nichts anderes, als dass sehr viele Gesetze geändert oder angepasst werden müssen. Sie haben die einmalige Gelegenheit über Energiegesetz, Umweltschutzgesetz, Raumplanung, Natur- und Heimatschutzgesetz, Denkmalpflege, Gesetz über den öffentlichen Verkehr, usw. zu verhandeln und das ohne, dass das Prinzip der Einheit der Materie betroffen ist, denn all diese Änderungen beziehen sich auf den Green Deal.

Wir werden Lösungen finden müssen, wir werden genau hier dealen müssen, ob links oder grün oder rechts oder bürgerlich, wir alle müssen uns zusammenraufen und Lösungen finden, die sowohl der Natur wie auch der Wirtschaft nützen. Es wird nur einen Gesamtdeal geben und nicht einseitige Massnahmen. «All in». Wenden Sie Ihre Energie für diese Debatte auf, dann werden wir dazumal alle gestärkt aus diesem Saal gehen. Also, werte Kolleginnen und Kollegen, stimmen Sie dem Deal zu, denn nur dann werden Sie die Möglichkeit bekommen, einen Deal zu machen. So können Sie die Rahmenbedingungen schaffen und gerade noch eine Förderung zur Umsetzung von Massnahmen sicherstellen. Das beste Beispiel dafür ist die Beibehaltung der Wasserzinsen bis 2030 durch die eidgenössischen Räte, das sehr geschickt in einen Deal eingepackt wurde. Also folgen Sie der Kommission und treten Sie ein.

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Bestehen noch weitere Wortmeldungen? Dann erteile ich Regierungsrat Parolini das Wort. Sar cusglier guvernativ.

Regierungsrat Parolini: Ich bedanke mich für die sehr grosse und lange Diskussion, die Sie geführt haben in der Eintretensdebatte, und ich möchte ein paar Ausführungen zur Botschaft machen. Die erste Vorbemerkung betrifft das an der Urne am 13. Juni 2021 abgelehnte nationale CO₂-Gesetz. Dieses hätte die Schweiz auf Kurs bringen sollen für die Erreichung ihres international verpflichtenden Ziels von 50 Prozent weniger Treibhausgasen im Jahr 2030 gegenüber 1990. Wie gehen wir nun mit der Ablehnung des Gesetzes, mit dem Aktionsplan Green Deal um? Wir könnten nun einfach den Kopf in den Sand stecken und warten, bis vom Bund etwas Neues kommt. Aber das ist nicht die Art der Bündnerinnen und Bündner und würde auch dem von Ihnen mit grossem Mehr überwiesenen Auftrag nicht gerecht werden. Wir wollen frühzeitig handeln und dadurch nicht nur unseren Teil zur Abschwächung des Klimawandels beitragen, sondern auch überproportional profitieren, und zwar durch das Ankurbeln der Binnenwirtschaft und die Produktion von erneuerbarer Energie. Gleichzeitig wollen wir durch den proaktiven Umgang mit Naturgefahren Schäden vermeiden. Die Gruppe «Klimastreik Graubünden» hat mir auch kürzlich geschrieben, sie begrüsse

zwar grundsätzlich den AGD und seine Massnahmen, wolle aber schneller vorgehen und Netto-Null schon 2030 erreichen. Wir sollen also rascher vorgehen, mehr und strengere Massnahmen umsetzen, und wir sollen, Wirtschaft und Klimaschutz, gemeinsam denken. Ich sehe hier durchaus auch gemeinsame Ziele und Handlungsfelder von der Wirtschaft und dem Klimastreik, nicht bezüglich dem Zeitpunkt 2030, aber im Grundsatz. So wollen beispielsweise beide, dass wir in Bildung, Klimabildung, Weiterbildung, Umschulungen investieren und so die Menschen im Arbeitsmarkt fit für die Zukunft machen. Eine Zukunft die klimaverträglich und auch nachhaltig ausgestaltet sein soll.

Sie haben es heute in der Hand, sehr verehrte Damen und Herren, die Weichen zu stellen, Graubünden gut für die Zukunft aufzustellen und richtig zu positionieren. Ich komme nochmals auf das abgelehnte CO₂-Gesetz zurück und zwar im Zusammenhang mit den Bundesmitteln, welche in der Botschaft vorgesehen sind. Diese Mittel in der Höhe von 437 Millionen Franken waren insbesondere für Massnahmen im Gebäudebereich vorgesehen, die über das Gebäudeprogramm fliessen. Diese Mittel sind durch die Ablehnung des nationalen CO₂-Gesetzes grundsätzlich nicht in Frage gestellt. Damit die Massnahmen im Gebäudebereich möglichst rasch umgesetzt werden, stockt der AGD die dafür verfügbaren Fördermittel auf.

Damit wären wir beim Thema Massnahmen und Finanzierung. Grundsätzlich könnte man das im Auftrag Wilhelm gesteckte Ziel beim Klimaschutz mit zusätzlichen Vorschriften, also Geboten und Verboten, erreichen. Auf solche Vorschriften oder Verschärfungen von Vorschriften möchten wir auch, wenn möglich, weitgehend verzichten und die Ziele mit Beiträgen oder Anreizen erreichen. Wir sind mit dieser Stossrichtung z. B. auf gleicher Linie wie die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubündens. Ich war heute Mittag auch anwesend am Anlass und habe diesen Ausführungen mit Interesse zugehört, nachdem ich sie bereits im Voraus gelesen hatte. Und ich möchte nachher noch etwas zu den Dachorganisationen der Wirtschaft sagen, aber wir sind auf der gleichen Linie auch mit Avenir Suisse, mit dem Buch «Wege zu einer liberalen Klimapolitik». Eine solche muss nach den Vorstellungen von Avenir Suisse auf folgenden, grundlegenden Eigenschaften basieren: Effektivität, Effizienz, Technologie-Neutralität und Verursachergerechtigkeit. Alle diese Voraussetzungen finden Sie auch im vorliegenden Aktionsplan verwirklicht, nicht in allen Bereichen, aber in einigen. Alle von der Wirtschaft bis zur Klimastreikbewegung unterstützen den Einsatz von Fördermitteln, um zum Ziel zu gelangen. Wenn der Gesetzgeber aber ein Ziel mit Anreizen und damit finanziellen Förderungen erreichen will, so muss er sich auch darüber im Klaren sein, wo er die hierfür nötigen finanziellen Mittel hernimmt. Manche fürchten sich in diesem Zusammenhang vor einer Benachteiligung der Randregionen. Dabei profitieren auch die Randregionen und insbesondere die Randregionen vom AGD. Die Massnahmen im Gebäudebereich zur Förderung erneuerbarer Energie und auch im Holznutzungsbereich, Grossrat Flüttsch, wirken vor allem in den Regionen und nicht in den Zentren. Und dadurch sollen auch Arbeitsplätze

geschaffen werden und die Verbesserung der Lebensqualität. Das soll wie ein Impulsprogramm für die Regionen wirken, denn Gebäudesanierungen und Heizungersatz finden immer lokal vor Ort statt und hoffentlich mit einheimischen Handwerkern. Und für die Produktion von erneuerbarem Winterstrom eignen sich die sonnigen Lagen in den Regionen des Kantons besonders gut, so dass diese besonders profitieren.

Ich höre da manchmal, dass in der Botschaft die bereits laufenden Anstrengungen zu wenig gewürdigt werden. Gemeint sind die Energiegesetzgebung, die Anstrengungen der Wirtschaft usw. Ja, es gibt bereits wichtige, laufende Bestrebungen. Der Grosse Rat hat entsprechende Gesetze beschlossen, wie z. B. das Energiegesetz, das eine sehr gute Grundlage zur Förderung ist. Und die Wirtschaft unternimmt immer mehr Anstrengungen für den Klimaschutz. Die Regierung hat eine Klimastrategie beschlossen, bereits 2015, nach der die klimarelevanten Aktivitäten der Verwaltung koordiniert und vorangetrieben werden. Das alles wurde glücklicherweise schon gemacht und schlägt sich darin nieder, dass die Treibhausmissionen tendenziell sinken. Sie sehen in der Botschaft auf Seite 292, in Abbildung 3, im Szenario laufende Bestrebungen, die Wirkungen dieser Anstrengungen. Der Auftrag Wilhelm ist aber in seiner Zielsetzung beim Klimaschutz viel ambitionierter. Er spricht von konkreten und wirksamen Massnahmen und orientiert sich dabei an den Zielen des Klimaabkommens von Paris. Der Trend der laufenden Bestrebungen geht in die richtige Richtung, ist aber gemessen an dem im Auftrag gesteckten Klimaziel zu langsam. Deshalb war es nicht die Aufgabe der Regierung, die bisherigen Aktivitäten zu würdigen, was ich aber gerne nachhole, und ich werde noch ein paar Aussagen dazu machen, sondern aufzuzeigen, wie wir den Klimaschutz beschleunigen können, um die gesteckten Klimaziele zu erreichen.

Ich erlaube mir noch die Bemerkung, dass die Mittel aus dem beantragten Verpflichtungskredit nicht über das EKUD oder das ANU laufen werden. Der Green Deal für Graubünden ist ein ausgesprochen departementübergreifendes Dossier. Wir im EKUD und vor allem im ANU durften zwar die Ausarbeitung des Aktionsplans und der Botschaft machen, das Dossier betrifft aber stark das DIEM mit Energieförderung, öV, Umgang mit Naturgefahren, das DVS mit dem Projekt «Klimaneutrale Landwirtschaft und Tourismus» und natürlich das DFG wegen der Finanzierungsfragen. Wir wurden deshalb von diesen Departementen auch tatkräftig unterstützt, und sie waren in die Arbeiten involviert. Der von Ihnen hier in diesem Rat überwiesene Auftrag Wilhelm umfasst bekanntlich explizit das Vorlegen eines Finanzierungsplans. Die mit dem Aktionsplan verbundenen Kosten sind von der Grössenordnung her an sich nicht neu. Bereits in der Antwort vom 23. April 2019 hat die Regierung damals basierend auf einer eher groben Schätzung die Zahlen kommuniziert und kam damals schon auf gut 1 Milliarde Franken. Der Grosse Rat hat dann in Kenntnis dieser Antwort der Regierung den leicht abgeänderten Auftrag mit 103 zu 16 Stimmen überwiesen. Wir haben natürlich unter Zuhilfenahme von anerkannten spezialisierten externen Experten die Wirkungen und die Kosten der Massnahmen sowie auch die Umlenkung der

Geldflüsse modelliert. Heute geht es aus Sicht der Regierung noch nicht darum, sich auf einzelne Finanzierungsmöglichkeiten und deren detaillierte Ausgestaltung festzulegen oder über einzelne Massnahmen zu entscheiden. Es ist klar, dass die Finanzierung der Massnahmen sozial verträglich sein muss. Die Regierung wird die spezifischen Bedingungen der Randregionen und die finanzielle Tragbarkeit der Massnahmen für die betroffenen Haushalte und Unternehmen bei der Ausarbeitung der Finanzierungsquellen berücksichtigen.

Heute geht es der Regierung um das grosse Ganze, um die grundsätzliche Weiterbearbeitung des Geschäfts. Wichtig ist es der Regierung, zu betonen, dass man nicht nur die Kosten, sondern die Geldflüsse in einem grösseren Zusammenhang betrachtet. Der Titel des Auftrags lautet ja «Klimaschutz als Chance nutzen». Wo liegen denn die Chancen? Einige Grossräte haben es bereits gesagt. Halten Sie sich Folgendes vor Augen, ich wiederhole das, was ein paar Mal gesagt wurde: Heute fliesen pro Jahr 400 Millionen Franken aus Graubünden für fossile Energieträger ab, davon mehr als 200 Millionen Franken in andere Länder und an ausländische Ölkonzerne. Wenn man diesen Betrag bis 2050 gleichmässig, sagen wir theoretisch auf null, das ist nicht realistisch, aber theoretisch auf null reduzieren würde, so fliessen aus der Bündner Volkswirtschaft über diese Zeit mehr als 3 Milliarden Franken nicht mehr ab, sondern erzeugen zusätzliche Nachfrage in der Binnenwirtschaft in Graubünden, können Investitionen getätigt werden, Konsum vor Ort. Die 3 Milliarden Franken sind deutlich höher als die mutmasslichen Kosten des Aktionsplans für die nächsten 29 Jahre. So gesehen ist der Green Deal kein Verlustgeschäft für die Bündner Volkswirtschaft, sondern ein volkswirtschaftlicher Gewinn. In der Botschaft sind auch die Wertschöpfungseffekte modelliert: 13 000 Vollzeitäquivalente, das wären über 30 Jahre 430 zusätzliche Vollzeitstellen.

Nun mache ich gerne noch ein paar Ausführungen zum Gesagten, zu Sachen, die ich noch nicht bereits gesagt habe, zu den verschiedenen Voten, ohne auf einzelne, auf alle Sachen eingehen zu können. Vielleicht zuerst einmal bezüglich der Wirtschaft. Der Anlass heute Mittag war ein Teil des Anlasses der Dachorganisationen der Wirtschaft, und wie Grossrat Wieland auch gesagt hat, die Massnahmen der Hotellerie wurden da erwähnt. Das ist ein sehr lobenswertes Projekt, das die Bündner Hotellerie schon recht früh lanciert hat. Und sie haben es geschafft, eine Vielzahl der Bündner Hotels zum Mitmachen zu bewegen. Das ist sehr bemerkenswert. Und das zeigt, dass es innovative Unternehmen gibt, die bereit sind, die Extrameile zu laufen und Vorreiter zu sein. Diese brauchen wir dringend, um mit Volldampf in die Zukunft aufzubrechen und die ambitionösen Ziele, die wir uns gesteckt haben, auch zu erreichen. Ich hoffe auch, dass es andere Ansätze und weitere Projekte gibt in diesem Sinn. Aber auch, dass vielleicht der Staat, der einen Impuls gibt, einen Anreiz schafft, aber sonst machen das die Unternehmer selber. Das wäre ja sowieso das viel bessere Vorgehen, als dass der Staat, die Verwaltung, sich damit befassen muss. Da bin ich der genau gleichen Meinung wie viele der Vorredner. Und ich hoffe sehr, dass dieses Projekt der Hotellerie, heute am

Mittag wurde auch gesagt, dass auch mittlere und kleinere Hotels ein gewisses Interesse hätten, da hängt es davon ab, wie hoch die Messlatte in Bern gesetzt wird, die wurde da in Bern gesetzt, welche Betriebe da mitmachen können und welche nicht.

Der Bereich Bildung und Forschung, das wurde vor allem von den Wirtschaftsverbänden auch klar betont, wie wichtig Bildung und Forschung ist. Und es mag sein, dass wir in der Botschaft nur auf einer Seite über Bildung und Forschung geredet haben, aber der AGD schlägt diverse Aktivitäten im Themenbereich Forschung, Innovation und Bildung vor, beispielsweise die Aus- und Weiterbildung von lokalen Naturgefahrenberatern für Gemeinden unter der Schlüsselmasnahme, SM, Erarbeitung Risikoübersicht aus Naturgefahren, Aus- und Weiterbildungen für Architekten, Installateure, Hauseigentümer im Bereich Gebäudeeffizienz, erneuerbares Heizen unter den flankierenden Massnahmen, FM, Sensibilisierung, Beratung der Akteure zu Gebäudeeffizienz und erneuerbares Heizen oder die Planung und Umsetzung innovativer Forschungs- und Innovationsprojekte mit der lokalen Industrie und der KVA Trimmis unter den Schlüsselmasnahmen, Identifikation von innovativen Projekten zur Erreichung des Netto-Null-Ziels. Der AGD bündelt diese Aktivitäten dabei nicht unter einem Bildungssektor oder einer eigenen Massnahme, sondern teilt diese den fachlich passenden Sektoren und Massnahmen zu. In Zusammenarbeit mit der Wirtschaft beziehungsweise den Wirtschaftsverbänden sowie ibW, Academia und FHGR soll bei der Weiterbearbeitung des AGD analysiert und entschieden werden, welche neuen Berufsbilder beziehungsweise Weiterbildungen in welcher Form zu fördern sind. Hierbei ist die Verwaltung auf die Rückmeldung der entsprechenden Gewerbe- und Industriezweige beziehungsweise deren Verbände angewiesen. Es soll dementsprechend ein enger Austausch zwischen den Verbänden und den Bildungsstätten und auch Weiterbildungsstätten und der Verwaltung etabliert werden. Auch im Bildungsbereich der Volksschule, im Lehrplan 21, sind an sich das nachhaltige Wirtschaften und das nachhaltige Verhalten implementiert. Das sollte für die nächsten Generationen eine Selbstverständlichkeit sein. Für uns hoffentlich auch. In dem Sinn glaube ich, dass wir keine grossen Unterschiede haben zu den Dachorganisationen, wenn es um die Stossrichtung geht.

Auch bei der Energieproduktion, Energiespeicherung und Förderung der synthetischen Treibstoffe, da sind wir natürlich offen. Ob das auf kantonaler Ebene alles geregelt werden kann oder auf nationaler, das muss man dann im Einzelfall diskutieren. Wir sind in einigen Bereichen angewiesen auf Bundesbern, das sagt, wo es durchgeht. Kraftwerksprojekte, Grossrat, wer kam mit dieser Frage bezüglich den Einsprachemöglichkeiten, das ist natürlich ein Problem. Da ist auch die Gesetzgebung, vor allem die Bundesgesetzgebung oft schuld, aber da müssen wir gemeinsam, zusammen mit unseren Bundesparlamentariern schauen, dass wir eine Lockerung bekommen und klare Prioritäten setzen können, denn wenn es uns ernst ist und auch dem Bund ernst ist mit dem Klimawandel, muss man in gewissen Bereichen dann Prioritäten setzen. Es ist aber ein Abwägen unter

gleichwertigen Interessen, die auf gleicher Stufe, auf Gesetzesstufe, festgelegt sind. Und da gibt es ein Abwägen. Ob man da etwas an der Gesetzgebung ändern kann, das ist möglich. Auf kantonaler Ebene versuchen wir das so pragmatisch als möglich zu handhaben. Und übrigens gibt es auch Kraftwerksprojekte, die nicht wegen Einsparungen von Umweltverbänden nicht realisiert werden können, sondern es sind bewilligte Kraftwerksprojekte wie Lago Bianco, das während dem derzeitigen Marktumfeld nicht begonnen wird. Und es gibt auch andere Projekte wie z. B. Chlus, das aus dem gleichen Grund des derzeitigen Marktumfelds sich zwar in der Planung befindet, aber nicht weiterverfolgt wird oder nicht so intensiv, wie man es sich wünschen würde, würde ich einmal behaupten, wegen dem Marktumfeld. Es gibt auch Ausleitkraftwerke, welche kürzlich in der Regierung besprochen wurden. Da geht es um grosse Sanierungsvarianten der Kraftwerkgesellschaften im Vorder- und Hinterrhein. Da geht es um die Schwall- und Sunksanierung, und da gibt es eine grosse Sanierungsvariante, die wir an sich auch als Regierung begrüßen würden. Aber eben, wegen dem Marktumfeld wurden oder werden vorläufig diese Planungsinvestitionen nicht getätigt. Wir hoffen aber, dass sich das noch ändert, denn wir sind angewiesen auf die Wasserkraftnutzung, vermehrt und zwar Winterkraft, Winterstrom ist vor allem gefragt.

Nun, weitere Ausführungen zu den Sachen, die Grossrat Della Cà gesagt hat bezüglich den Randregionen. Ich glaube, ich habe ein paar Ausführungen dazu gemacht. Also mir, auch als Vertreter einer Randregion, ist es sehr wichtig, dass mit dem Green Deal sicher nicht die Randregionen benachteiligt werden. Darauf müssen wir achten bei der genauen Umsetzung der Etappe II und folgenden Etappen. In der Etappe I steht das noch nicht zur Diskussion, in der Etappe I geht es um diese 67 Millionen Franken für die Bereiche, wo wir bereits eine Förderung vornehmen. Es geht nur um mehr Mittel für Bereiche, wo wir bereits aktiv sind, vor allem Gebäudesanierungen und öV. Bei der Etappe II, und da werden Sie noch im Detail mitdiskutieren und Sie werden dann vor allem entscheiden, wie wir vorgehen sollen, um die verschiedenen Massnahmen, die einmal eine grobe erste Auflistung sind, die in der zweiten Etappe und folgenden Etappen realisiert werden sollen. Wir werden schauen, dass es kein Bürokratiemonster wird. Eben, die Etappe I sollte das nicht auslösen, denn wir haben die Instrumente bereits, aber ich habe auch von Grossrätin Holzinger gehört, ihr Beispiel. Ich kann dazu nicht Stellung nehmen, aber okay, das nehme ich einfach einmal so zur Kenntnis.

Grossrat Jochum fragt, wieso ein Anglizismus gebraucht wird, Green Deal. Wir haben den Namen des Auftrags Wilhelm einfach so übernommen. Aber man könnte auch von einem «passo per l'ambiente» reden, da bin ich gleicher Meinung.

Man soll mit anderen Kantonen abgleichen, hat Grossrat Papa gesagt. Es gibt andere Kantone, die aktiv sind und ja, Luzern, Zürich, Glarus haben wir auch gehört, es gibt noch andere Kantone, die bereits unterwegs sind. Auch das Ausland ist unterwegs, aber natürlich nicht so schnell, wie wir es uns wünschen würden. Und es ist so, dass China, Indien und die USA den grössten Anteil

ausmachen, das ist so. Aber wollen wir fatalistisch sagen, das sind die Grossen, also wir machen auch nichts? Das darf nicht unsere Haltung sein. Wir als hochindustrialisiertes und -technisiertes Land sollen auch mit einem guten Beispiel vorangehen, und wir können profitieren. Wollen wir die Letzten sein, die dann folgen? Wir können innovativ sein, wir können unsere Wirtschaft auf Vordermann bringen, diejenigen, die auch profitieren von den Investitionen, die wir tätigen wollen. Und die können sich entwickeln. Mit den Forschungsinstituten und den Hochschulen, die wir haben, sollen wir doch profitieren und nicht sagen: Wir warten, bis das letzte Land auf diesem Planeten aktiv geworden ist.

Nun, vielleicht noch zum Territorialitätsprinzip: Da hat Grossrätin Maissen bereits gesagt, man kann schon diskutieren, dass der Transitverkehr jetzt uns angerechnet wird, und das Zementwerk exportiert ja auch mehr, als es produziert, ausserhalb des Kantons, ist auch klar. Aber wir importieren auch sehr viel. Wir importieren auch sehr viele Güter. Also da können wir noch lange diskutieren, das ist jetzt ein Prinzip, das einmal so festgelegt wurde, und ich würde meinen, wir fahren jetzt mit diesem einmal und schauen, wie sich das dann entwickelt im Laufe der zweiten und der weiteren Etappen.

Bezüglich dem Wald bin ich gleicher Meinung wie Grossrat Flütsch. Wir müssen das Holz nutzen, aber den Wald müssen wir auch bewirtschaften und mit jeder Nutzung, und wenn das dann in die Verbrennung geht, wird wieder CO₂ frei, das wissen wir. Wenn wir aber Holz anwenden für Investitionen in Gebäude, dann ist es gelagert. Das wäre das Beste. Aber die Waldfläche erweitern, noch vergrössern, wollen wir an sich nicht. Wir wollen, dass die Alpweiden und die Landwirtschaft nach wie vor ihre Gebiete haben. Aber bei den Holzheizungen muss man schauen, dass man nicht zu viel Emissionen verursacht. Es gibt auch Holzheizungen, die sehr schädlich sind. Da muss man schon ein Auge darauf richten.

Dann bezüglich der Wertschöpfung, da wurden ein paar Fragen gestellt, wie gross die Wertschöpfung ist und wie die Beschäftigungseffekte der Investitionen sind. Das hat vor allem Grossrätin Stiffler auch gefragt. Wir haben da im econcept, im Finanzierungskonzept des AGD, auf Seite 28 unter dem Kapitel 7.1 «Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte der Investitionen» ist aufgelistet, wo diese Wertschöpfung an sich gemäss ihren Szenarien stattfinden sollte. 24 Prozent der Investitionen sollen ins Bauhaupt- und Baunebengewerbe, 20 Prozent in der Verkehrswirtschaft, 11 Prozent in den Handel und das verarbeitende Gewerbe und die restlichen 34 Prozent verteilen sich auf die weiteren Branchen. Und eine vollständige Übersicht der Nachfrageänderung durch die Massnahmenumsetzung finden sich im Anhang A-3. Da ist eine Auflistung über die verschiedensten Bereiche. Das lese ich nicht vor, das können Sie selber nachschauen. Dass diese Papiere nicht die Heilige Schrift sind, ist auch klar. Das sind aber Fachleute, die das nicht das erste Mal nur für den Kanton Graubünden gemacht haben, sondern Erfahrungen auch in anderen Bereichen gesammelt haben. Aber für uns war es wichtig, eine entsprechende Grundlage zu haben, auf die wir uns stützen können.

Dann bezüglich Finanzierungskonzept ohne Steuer: Es geht ohne Steuern und Abgaben, und zwar so lange, bis die Reserven, welche übrigens ja auch Steuern sind, Steuern teilweise der vergangenen Generationen, die einbezahlt haben, aufgebraucht sind. Spätestens dann, wann das sein wird, kann ich Ihnen jetzt auch nicht sagen, spätestens dann wird der Grosse Rat darüber reden müssen, ob wir über neue Abgaben oder über Steuern reden wollen oder nicht. Unsere Absicht ist jetzt ganz klar, dass wir noch in mehreren Etappen vorgehen. Und da hat die Diskussion in der KUVe auch einiges gebracht, und darum hat die KUVe auch entsprechende «Ja, aber» oder «Nein, aber»-Antworten gegeben auf die Grundsatzfragen. Wir sind der Meinung, dass wir in Zwischenschritten arbeiten müssen für die zweite Etappe und folgende Etappen, und dann können wir aufzeigen: Was haben wir erreicht, wo ist die Zielsetzung, was müssen wir noch machen, um diese Zielsetzung 2050 zu erreichen, wie viele Mittel haben wir gebraucht, wie viele Mittel würden wir noch benötigen. Ich und vermutlich auch der Finanzminister wissen es nicht, wie die Steuererträge in einigen Jahren aussehen. Der Finanzminister hat gesagt, wie es dieses Jahr aussieht, wenn wir es belasten mit diesen 67 Millionen Franken der ersten Etappe. Aber nachher wissen wir nicht, ob die Nationalbank weiterhin ein Mehrfaches der Mittel ausschöpft, wie das die letzten Jahre und die aktuellen Jahre der Fall ist. Das wissen wir nicht. Und von daher ist es nur ehrlich zu sagen: Als Ultima Ratio, wir wollen es einfach nicht ausschliessen, dass wir in einigen Jahren mit einem solchen Antrag vielleicht zu Ihnen kommen und Sie entscheiden. Sie entscheiden jedes Jahr über das Budget und auch über die gesetzlichen Vorlagen, die wir Ihnen präsentieren werden. Es ist ja vorgesehen in zwei Jahren, dass es soweit ist mit der gesetzlichen Vorlage für eine Etappe, ich sage 2A. Vielleicht auch für 2B und C und D. Aber da geht es dann wahrscheinlich um die Vorlage 2A, wo einfache Gesetzesänderungen anstehen. Wir werden schauen, wie stark wir das etablieren müssen. Und dann müssen Sie dann dazumal entscheiden. Grossrätin Stiffler, ich kann Ihnen jetzt nicht bereits sagen, wie wir die Etappen dann finanzieren werden, wenn wir nicht mehr aus den Erträgen der Laufenden Rechnung und aus den Reserven, aus dem Eigenkapital, Geld schöpfen und in einen Klimafonds speisen können. Das kann Ihnen momentan niemand sagen. Wir wollten einfach so ehrlich sein und sagen: Es ist gut möglich, dass wir in einigen Jahren noch über weitere finanzielle Mittel diskutieren müssen. Aber wir setzen alles daran, momentan nur mit den Mitteln, die der Grosse Rat uns freigibt, sei es mit dem Verpflichtungskredit Etappe I und mit den Mitteln, die wir dann beantragen werden, dass wir aus dem Eigenkapital noch weitere Mittel nehmen können. Wir werden Ihnen dann aufzeigen, welche Ziele wir damit erreichen. Und dann ist es an Ihnen zu entscheiden, ob wir so weiterfahren wollen, und ob wir mit Sparmassnahmen alle anderen Probleme lösen können. Das wird sich dann zeigen. Es ist dann in Ihrer Kompetenz, über die weiteren Schritte zu entscheiden.

Zu Grossrat Kappeler: Er hat die innovativen Projekte in der Industrie erwähnt und dass das ein bisschen fehlt da drin und dass 50 Prozent der Energie der GEVAG als

Abwärme verpufft. Wir haben kürzlich ein Treffen gehabt von allen wichtigen Playern im Churer Rheintal bezüglich Wärmeproduktion, Wärmevertrieb, bezüglich Energiekonsum. Am Tisch waren Vertreter der GEVAG, der Repower, von Rhienergie, der IBC, von Holcim, der EMS Chemie und der Axpo. Und da geht es darum, dass wir auf engstem Raum innovative Energieversorgungsunternehmen und Industrieanlagen mit relevantem Energieumsatz haben. Und da wollen wir an sich innovative Projekte gemeinsam zur Dekarbonisierung aufgleisen, wenn möglich, und schauen, dass jede Unternehmung nicht nur für sich schaut in diesem Bündner Rheintal, sondern dass man zusammenspannt und versucht, gute Lösungen bezüglich Dekarbonisierung, bezüglich Nutzung der Wärme, der Abwärme, sei es GEVAG, sei es Tegra und anderer Player noch hier vor Ort, zu optimieren. Das ist aufgeleitet. Die Vertreter dieser Unternehmen haben grünes Licht gegeben und sich da intensiv damit auseinanderzusetzen. Und wir sind gespannt, zu welchen Resultaten wir dann gemeinsam kommen in den nächsten Jahren. Aufgeleitet ist es, und da bin ich auch sehr froh darüber.

Nun, ich habe wahrscheinlich nicht alle Fragen beantwortet. Wenn noch irgendwelche dringende Fragen sind, dann melden Sie sich. Und sonst wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie für Eintreten wären und dass Sie den Rückweisungsantrag der SVP ablehnen. Denn die sofort umsetzbaren Massnahmen zurückstellen mit einer Rückweisung würde der Stossrichtung des Auftrags komplett widersprechen und den Auftrag Wilhelm obsolet machen. Also, wer den ersten Schritt nicht tun will, der braucht auch nicht zu einem zweiten Schritt anzusetzen. Und wer schon nicht bereit ist, die «low hanging fruits» zu ernten, sprich Etappe I, dem glaubt man auch nicht, dass er sich eine Leiter wird holen wollen. Die Massnahmen der Etappe I sind bekannt, bereit zur Umsetzung und wirksam. Jegliche Verzögerung der Umsetzung führt dazu, dass das Treibhausbudget immer schwieriger einzuhalten sein wird. Früh umgesetzte, bekannte und wirksame Massnahmen müssen rasch umgesetzt werden, um in 10, 20 Jahren auf Feuerlöcherübungen verzichten zu können. Jede Tonne fossiles CO₂, die ausgestossen wird, zählt. Soweit meine Ausführungen.

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Sonst würde ich gerne zur Abstimmung zum Eintreten kommen. Und hier erteile ich Grossrat Della Cà das Wort. Granconsigliere Della Cà, ha la parola.

Della Cà; Sprecher Kommissionsminderheit: Io devo dire, che non mi avete convinto, perché avrete forse anche notato, che io mi batto per infrastrutture. Also für mich sind die Infrastrukturen das A und O vom Ganzen, und bis heute haben wir nur Enttäuschungen erlebt und Versuche, einfach uns zu umgehen mit falschen Informationen. und das kann ich beweisen. Ich habe gesprochen.

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Grossrat Danuser, wünschen Sie das Wort vor der Abstimmung?

Danuser; Kommissionspräsident: Ich möchte nur noch kurz einmal in Erinnerung rufen, dass wir hier ein Vorgehen in zwei Etappen machen. Und ein Votum hat mir sehr gut gefallen und das war das von Ratskollege Pfäffli. Er hat auf die Bedeutung hingewiesen und auf die Verantwortung, die wir hier haben. Nutzen wir diese. Ich bin für Eintreten und ich hoffe jetzt, dass nun die Abstimmung durchgeführt werden kann.

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Wir gelangen zur Abstimmung. Wer auf die Vorlage eintreten möchte, drücke bitte die Taste Plus. Wer auf die Vorlage nicht eintreten möchte, drücke bitte die Taste Minus. Bei Enthaltungen Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Sie haben mit 99 Stimmen zu 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen Eintreten beschlossen.

Abstimmung

Der Grosse Rat tritt mit 99 zu 2 Stimmen bei 0 Enthaltungen auf das Geschäft ein.

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Wir haben es in der Eintrittsdebatte vernommen, dass die SVP das Geschäft an die Regierung zur Überarbeitung zurückweisen möchte. Wir behandeln diesen Antrag morgen. Ich schliesse nun die Sitzung und freue mich, Sie um 8.15 Uhr hier im Saal begrüssen zu dürfen. Bella saira.

Schluss der Sitzung: 18.20 Uhr

Es sind keine Vorstösse eingegangen.

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Die Standespräsidentin: Aita Zanetti

Der Protokollführer: Patrick Barandun